

Flucht, Migration, Heimat und Religion – Was hält unsere Gesellschaft zusammen?

Projekte politischer Bildung im Innovationsfonds
des Kinder- und Jugendplans des Bundes



Transferstelle
politische
Bildung



Impressum

Transferstelle politische Bildung
c/o Transfer für Bildung e.V.
Rellinghauser Straße 181
45136 Essen

Telefon: 0201 85791454-0

Telefax: 0201 8965796

E-Mail: info@transferfuerbildung.de

Internet: www.transfer-politische-bildung.de/projektebereiche/innovative-projekte-pb

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr.in Helle Becker, Transferstelle politische Bildung / Transfer für Bildung e.V.

Bildnachweise

Umschlag, S. 17, 19, 58, 61
S. 2 – 12, 21 – 52, 69, 72
S. 70

photocase.de
Christoph Honig
Helle Becker

Inhalt

Begleiten und vernetzen: Die Transferstelle zieht Bilanz	2
„Ein anspruchsvolles Unterfangen“ – Erkenntnisse aus den Innovationsfonds-Projekten	3
Aus anderen Projekten	12
Mark Medebach (et) Diversität als Ressource für die Demokratie	13
Ludwig Weigel (DBJR) Viel passiert und noch viel zu tun	18
Junge Menschen mit Fluchterfahrung nachhaltig in die Jugendverbandsarbeit integrieren	
Kurzvorstellung der Projekte	24
Innovative Projekte im Handlungsfeld „Politische Bildung“	25
Erfahrungen der Praxis: Die Projekte blicken zurück	28
Ramona Hinkelmann (BDKJ e.V.) Lebenswege – Heimat neu gedacht	29
Büsra Aktas, Dikea Kypriotou, Petra Pfendtner (NIKA) „We are the World“	34
Workshops für und von Jugendlichen zu Vielfalt, Respekt und Partizipation	
EJBW Train the Trainer: Qualifizierung von Menschen mit und ohne Fluchterfahrung als Trainer_innen für einen bundesweit abrufbaren Trainer_innenpool	38
Kim Knecht (tgbw) My Parti-Klick	46
Durch Wertedialoge Partizipation und Empowerment fördern	
Franziska Blath (Friedenskreis Halle e.V.) „Kannste mal schnell empowern ... !?“	50
Über Rollen, Grenzen und Konflikte	
Julia Wenger (Friedenskreis Halle e.V.) Weltentausch	54
Kritische Reflexionen zur politischen Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten	
Nadja Bilstein (Haus Neuland) Meine, deine, unsere Stadt – eine Topografie des Heimatbegriffs	60
Dirk Wolff (Verband für interkulturelle Arbeit – VIA e.V.) Meine Stadt – meine Identität	64
Politische Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit	
Maja Kant, Toni Lütgenau (LKJ Thüringen e.V.) „Vorsicht, Demokratie!“	68
Barcamps mit Langzeitwirkung?	
Die Transferstelle politische Bildung	72



Begleiten und vernetzen: Die Transferstelle zieht Bilanz

„Ein anspruchsvolles Unterfangen“ – Erkenntnisse aus den Innovationsfonds-Projekten

Helle Becker und Marita Klink, Transfer für Bildung e.V. / Fachbereich Transferstelle politische Bildung

Der Fachbereich Transferstelle politische Bildung von Transfer für Bildung e.V. begleitete und vernetzte die Projekte im Innovationsfonds des Kinder- und Jugendplans des Bundes im Rahmen der Jugendstrategie *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft im Handlungsfeld „Politische Bildung“*, regte den fachlichen Austausch sowie gegenseitige Unterstützung an. Von 2017 bis 2019 setzten bundesweit neun Projekte ihre Ideen um. Dabei erprobten die Akteur_innen neue Formate, Methoden und Settings, um Impulse für eine fachliche Weiterentwicklung zu geben und wichtige Akzente in der Entwicklung innovativer Ansätze vor Ort zu setzen.

Das Handlungsfeld „Politische Bildung“ im Innovationsfonds

Selbstbewusste, politisch kundige und aktive Bürger_innen sind die Basis einer lebendigen Demokratie, um gesellschaftspolitische Herausforderungen, wie das Erstarken rassistischer Ressentiments und die Ausgrenzung ganzer Gruppen aufgrund von Herkunft oder Religion, zu überwinden. Politische Bildung will jungen Menschen helfen, sich begründet eine politische Meinung zu bilden, zu urteilen und zu handeln, also die Gesellschaft und unsere Demokratie aktiv mitzustalten. Viele Jugendliche empfinden „die Politik“ jedoch als unnahbar und finden aktive Beteiligung wenig attraktiv, da sie keine Chance sehen, dass ihre Vorschläge im Rahmen etablierter Strukturen gehört oder gar umgesetzt werden.

Dies gilt ganz besonders für junge Menschen, die Flucht- oder Migrationserfahrungen haben. Die neun Projekte im Handlungsfeld „Politische Bildung“, die von 2017 bis 2019 aus dem Innovationsfonds des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert wurden, teilten das Selbstverständnis, Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch aktive Mitarbeit Selbstwirksamkeits erfahrungen zu ermöglichen und ihre politischen Gestaltungsräume zu erweitern. Zum Thema: „Flucht, Migration, Heimat und Religion – Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“ wurden Projekte mit Jugendlichen mit oder ohne Migrationsgeschichte oder Fluchterfahrungen und ungeachtet religiöser Zugehörigkeit umgesetzt.

Die Transferstelle politische Bildung bei Transfer für Bildung e.V. begleitete die Projekte, sorgte mit Veranstaltungen und individuellen Projektbesuchen für einen Fach- und Erfahrungsaustausch und sicherte und verbreitete Ergebnisse – unter anderem auf dem 14. Bundeskongress Politische Bildung im März 2019. Die Begleitung der Projekte führte zu vertieften Einblicken in Felder politischer Bildung und richtete den Blick auf Perspektiven und aktuelle Fragestellungen.

Nachfolgend geben wir einen Überblick über die Ausgangssituation im Handlungsfeld und beleuchten exemplarisch gemeinsame und spezifische Herausforderungen der Projekte.

Politische Bildung in heterogenen Kontexten

Im Gegensatz zu anderen Handlungsfeldern im Innovationsfonds umfasste die Gruppe der „politischen Bildung“ Träger und Konzepte, die nicht alle dem Feld der politischen Bildung zugeordnet werden. Die Träger sind in unterschiedlichen Handlungsfeldern der Jugendarbeit (Offene Kinder- und Jugendarbeit, Gemeindearbeit, Jugendverbandsarbeit, Friedenspädagogik, Kulturelle

Kinder- und Jugendbildung, politische Jugendbildung) tätig und den entsprechenden Verbänden und Fachdiskursen zugeordnet. Einen gemeinsamen Bezugspunkt – beispielweise die Fachdiskussion zur politischen Jugendbildung oder deren Qualitätskriterien – gab es also nicht. Dementsprechend waren die Auffassungen von politischer Bildung unterschiedlich, sehr breit und an die jeweiligen Arbeitskontakte geknüpft.

Herausforderungen ...

Je nach Handlungsfeld der Kinder- und Jugendarbeit wird „politische Bildung“ unterschiedlich verstanden. Dies liegt an unterschiedlichen fachlichen Begründungen und Konzepten sowie an den unterschiedlichen Settings – man vergleiche nur die Arbeit einer Bildungsstätte mit Veranstaltungsprogramm mit der eines Offenen Treffs. Die Bildungsstätte macht in der Regel ein vorab konzipiertes und terminiertes Angebot politischer Bildung, für das junge Leute eigens zusammenkommen. Im Treff halten sich Jugendliche aus unterschiedlichen Motiven auf. Ein politisches Bildungsangebot muss es nicht geben, es kann sich allerdings aus der Arbeit und Zusammenarbeit mit Jugendlichen ergeben. Inwiefern und ob dabei Themen als politische identifiziert und verhandelt werden, ist oft von der Einschätzung und dem pädagogischen Arrangement der Fachkräfte abhängig.

Unabhängig vom Setting thematisiert politische Jugendbildung Fragen, Interessen und Erfahrungen junger Menschen, sie geht von ihnen aus oder schließt an diese an. Im Fall der Projekte im Innovationsfonds waren dies – entlang des Hauptthemas „Flucht, Migration, Heimat und Religion – Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“ – vor allem biografische Erfahrungen mit Migration, Flucht und Heimat(gefühlen), mit strukturellen Benachteiligungen und Rassismus. Das Ziel der Projekte war „Empowerment“ der Jugendlichen, also Befähigung und Ermächtigung, sich aktiv gestaltend mit der eigenen Biografie, der unmittelbaren sozialen Umwelt und dem politischen Gemeinwesen auseinanderzusetzen.

Für die beteiligten Fachkräfte stellte sich die Frage, was politische Themen und Anliegen sind bzw. was „das Politische“ an den jeweiligen Themen von Jugendlichen ist. „Politische oder gesellschaftsrelevante Inhalte der Jugendlichen in der Jugendarbeit aufzunehmen und angemessen zu bearbeiten, ist (...) ein anspruchsvolles Unterfangen“, schreibt Dirk Wolff in seinem Beitrag „Meine Stadt – meine Identität“ in dieser Broschüre. Es bedeutet, die politische Dimension in den Alltagsthemen von Jugendlichen entdecken und thematisieren oder die Verbindung



zwischen scheinbar weit entfernten politischen Themen und der jugendlichen Alltagswelt aufzeigen zu können. Es bedeutet auch, die Bearbeitung dieser Anliegen nicht (allein) in der individuellen Bewältigung zu sehen, sondern in der politischen Gestaltung im Verbund mit anderen (Öffentlichkeit, einer Gruppe, Gremien, Parteien etc.). Denn privat geteilte Überzeugungen und eingeübte Handlungsweisen werden von Jugendlichen nicht quasi automatisch in den politischen Raum übertragen. Kurz: Aus Sicht der politischen Bildung sind es vor allem „öffentliche“ Fragen rund um die Mechanismen und die Legitimation von Macht und Herrschaft, die den Kern politischer Bildung ausmachen, nicht private Kategorien und Emotionen. Es geht nicht (nur) darum, demokratische Werte im „Kleinen“ umzusetzen, sondern immer auch um ihre Bedeutung für das „Ganze“ (vgl. Reinhard, 2013: 239-252). Für die Fachkräfte bedeutet dies eine nicht geringe Herausforderung.

... angenommen!

Vom Privaten zum Politischen

Viele Projekte vollzogen den Weg von individuellen Erfahrungen hin zu „großen“ politischen Themen. So ging es im Projekt „We are the World“ des Netzwerks Interkulturelle Arbeit (NIKA) zunächst um eigene Lebensziele und Werte wie die Wertschätzung von Vielfalt und ein respektvoller Umgang miteinander. Dem schloss sich die Reflexion der Erwartungen der Jugendlichen an die Gesellschaft an und die Entwicklung von Ideen, „wie sie ihre Vorstellungen von Gesellschaft heute und morgen verwirklichen können“. Dabei hatten die Jugendlichen auch Gelegenheit, ihre Ideen und Wünsche mit Politiker_innen zu diskutieren, und machten so „erste Erfahrungen mit formaler Politik und Teilhabe, damit, ihre Interessen in einem größeren, formalen Setting einzubringen“, berichten Büsra Aktas, Dikea Kypriotou und Petra Pfendtner in ihrem Beitrag zu dieser Broschüre.

Auch im Projekt „Meine, deine, unsere Stadt“ der Jugendbildungsstätte Haus Neuland gelangten die Jugendlichen von ihren ganz persönlichen Erfahrungen zu abstrakteren (politischen) Einsichten. Sie entwickelten einen digitalen, interaktiven Stadtplan mit Orten, die „persönliche Bedeutung (...) für sie haben. Vorstellungen von Identität, Zugehörigkeit und Zuhause – zentrale Begriffe im gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Diskurs – werden auf diese Weise sichtbar und vermittelbar.“ Straßen, Plätze, Denkmäler und Parks besitzen Bedeutung für die Jugendlichen, sie beeinflussen das individuelle Erleben. Gleichzeitig repräsentieren und schaffen sie Öffentlichkeit, prägen Vorstellungen von Identität, Zugehörigkeit und Zuhause. So ist die Stadt nicht nur Erfahrungsraum, sondern auch Öffentlichkeit und soziale wie politische Struktur. Die Stadt kann „Heimat“ sein und ebenso fremdes Terrain – oft entscheidet sich genau daran auch, ob sie als politisch beeinflussbarer, gestaltbarer Raum verstanden wird oder nicht. „Im Verlauf der Auseinandersetzung passierte es ganz spontan, dass die anfängliche Reduzierung von Heimat auf ihre räumliche Dimension aufgehoben (...) wurde“ und die „Auseinandersetzung mit dem Begriff Heimat ging fließend in eine Betrachtung des Verständnisses von Identität über. Hierin liegt auch der Schlüssel, um die Brisanz der politischen Auseinandersetzung um Vereinnahmungen des Begriffs zu verstehen“, konstatiert Projektleiterin Nadja Bilstein.

In emotionaler und reflektierter Auseinandersetzung themisierte auch ein anderes Projekt den Spagat zwischen Fremdheit und Aneignung des Ortes, nachzulesen in dieser Broschüre: „Meine Stadt – meine Identität. Politische Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ (Verband

für interkulturelle Arbeit – VIA e.V.). In mehreren Städten gestalteten Jugendliche eine App mit originellen digitalen Stadttouren, mit denen Neuankömmlinge ihre neue Umgebung kennenlernen können. Die Jugendlichen tauschten sich „außerdem mit den Zuwanderer-Communities der vorherigen Einwanderergeneration aus, um das Gefühl von Fremdheit zu nivellieren und die Bindung im Stadtteil zu stärken“. Hinweise auf kontinuierliche (historische) Migrationsprozesse „machen den Zuzug von Menschen (...) als konstruktiven Beitrag zur Fortentwicklung einer städtischen Community erlebbar und es wird deutlich, wie wichtig Einwanderungsprozesse für die Weiterentwicklung einer Stadt sind,“ schreibt Projektleiter Dirk Wolff in seinem Beitrag.

Eine bedeutende Umsteuerung nahmen die Teamer_innen der Türkischen Gemeinde Baden-Württemberg (tgbw) vor. Während des Projekts „My Parti-Klick“, in dem es darum ging, „Wertedialoge“ zu initiieren und zu moderieren, gerieten die jugendlichen Teilnehmer_innen über den Nahostkonflikt und die Haltung der jungen Geflüchteten gegenüber Israel und dem Judentum sowie zu Fragen nach den Grenzen der Meinungsfreiheit aneinander. Die teilweise aggressiven Streitgespräche verlangten eine Änderung der Projektpläne. Das Projekt wurde (mit den vorher nicht so geplanten) Schwerpunkten Antisemitismus und Antirassismus fortgesetzt, die historisch-politische Dimension der Debatte erkannt und offensiv bearbeitet. Dies führte unter anderem auch zu einer Änderung der Formate. Ein Zeitzeugengespräch, Exkursionen in eine Ausstellung und in die Gedenkstätte und Museum Auschwitz-Birkenau wurden eingeplant. Externe Expert_innen und Fachkräfte aus der Religions- und Politikwissenschaft sowie der Jugend- und Flüchtlingshilfe aus dem Netzwerk der tgbw unterstützten dabei. „Angebote der politischen Bildung, die den Themen, Bedürfnissen, Problemen und Fragen der jungen Menschen entsprechen, haben (...) zentrale Bedeutung“, resümiert Kim Knecht in ihrem Beitrag zu dem Projekt in dieser Broschüre. Sie beschreibt, dass Emotionen in der politischen Bildung eine große Rolle spielen, ebenso wie Begegnungen, Anschauung, persönliche Kontakte und Freundschaften. Der Kurswechsel führte zu neuen Erkenntnissen und Denkanstößen, die „bei den Jugendlichen (...) Empathie und Perspektivwechsel“ auslösten.

Stellenwert von Beziehungen

Der Sprung von (scheinbar) privaten Fragen zu politischen Themen verlangt einmal, sie als solche zu erkennen, und des Weiteren Bereitschaft und Fähigkeiten, dies zu tun. Er erfordert auch das Vertrauen, etwas verändern zu können. Erfahrungen von Selbstwirksamkeit zu fördern, war deshalb ein wichtiges Ziel aller Projekte.

Das Zusammenspiel von persönlicher Betroffenheit und politischen Fragen barg aber gerade in diesen Projekten spezifische Herausforderungen. Viele der beteiligten Jugendlichen brachten bewegende Erfahrungen mit: Krieg, Verlust, Flucht, strukturelle Benachteiligungen, Ausgrenzung, Rassismus und mangelnde Anerkennung. Was für die einen motivierend war, sich öffentlich zu artikulieren, weil sie „diese Möglichkeit in ihren Herkunftsländern nicht (hatten) und (...) die demokratischen Teilhabernmöglichkeiten in Deutschland sehr schätzen“ (Mark Medebach in dieser Broschüre; vgl. auch den Beitrag zum Projekt der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, EJBW), konnte auch „zum Rückzug der Betroffenen und zu Passivität führen. Haben Teilnehmende bisher erlebt, dass ihre Meinung nicht gehört wird und nicht zählt, schwindet die Motivation, sich zu äußern. Auch Machtbeziehungen haben großen Einfluss auf die Selbstwahrnehmung von Jugendlichen; oftmals werden eigene Gefühle, Bedürfnisse und Ideen dann untergeordnet“ (vgl. „We are the World“, NIKA).

Hinsichtlich der herausragenden Bedeutung und Notwendigkeit von Beziehungs- und Vertrauensarbeit für das Gelingen von Projekten herrscht in den Vorhaben daher große Übereinstimmung. „Politische Bildungsarbeit mit marginalisierten Gruppen muss die Herausforderungen im Alltag der Jugendlichen wahrnehmen und der Bearbeitung genügend Raum geben: zum Beispiel einen anderen Zeitbegriff aushalten, häufig Einzelgespräche führen, die Bearbeitung geplanter Themen flexibel und sensibel anpassen und sich ausdauernd auf prozessorientierte Arbeitsweisen einlassen,“ wissen Büsra Aktas, Dikea Kypriotou und Petra Pfendtner von NIKA.

Ramona Hinkelmann (Lebenswege – Heimat neu gedacht, BDKJ) berichtet, „dass ganz viel Beziehungs- und Vertrauensarbeit in alle Richtungen geleistet werden musste, mit den Jugendlichen, teilweise auch mit den Eltern und mit dem Personal der Unterkunft. (...) Die Arbeit mit geflüchteten Jugendlichen verlangt einem viel Sensibilität ab, Vertrauens- und Beziehungsarbeit ist ganz besonders wichtig und nicht immer einfach.“ Und das Team von NIKA ergänzt: „Ohne (individuelle) Beziehungen hätten viele Jugendliche beim Projekt vermutlich gar nicht erst mitgemacht oder wären später weggeblieben.“

Peer-to-Peer

Die Erkenntnis, welchen Einfluss positive, vertrauensvolle Beziehungen haben können, machten sich die Projekte zu eigen, die mit dem Peer-to-Peer-Ansatz gearbeitet haben. Hierbei werden die jugendlichen Teilnehmenden in Schulungen gestärkt und qualifiziert, als Multiplikator_innen politische Bildungsprozesse für andere zu ermöglichen. Damit fungieren sie als sogenannte „Vertrauenspersonen“ oder „Brückenmenschen“, die aufgrund ihrer Herkunft, ihres sozialen Hintergrundes oder ähnlicher biografischer Erfahrungen eine besondere Milieunähe zu Gleichaltrigen aufweisen. Sie können vertrauensvolle, stärkende Beziehungen aufbauen und vorbildlich für die Sinnhaftigkeit ihres (politischen) Bildungsengagements einstehen (vgl. Bremer et al., 2011: S. 53-56; Datenbank TFB, 2020).

In der Broschüre nachzulesen sind die persönlichen Erfahrungen der Teilnehmenden am Projekt der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW). Die Bildungsstätte nutzte „ihre Erfahrungen und Kompetenzen aus anderen Qualifizierungsmaßnahmen für Peer-Teamer_innen in der politischen Bildung“, um Jugendliche und junge Erwachsene mit Fluchterfahrung, Migrationserfahrung oder -hintergrund sowie Migrant_innen „zu Gestalter_innen der politischen Bildungsarbeit“ zu qualifizieren. Auch das „We are the World“-Team motivierte die Teilnehmer_innen erfolgreich, „Rollenvorbilder und aufgrund ihrer Peer-Trainer_innen-Kompetenzen für andere Jugendliche motivierend und wegweisend (zu) sein“.

Für die Jugendverbandsarbeit fungiert der Peer-to-Peer-Ansatz in mehrfacher Hinsicht „als wichtiges Instrument für langfristige Bindung“, wie Ludwig Weigel (DBJR) in seinem Gastbeitrag aus dem Handlungsfeld „Jugendverbandsarbeit“ des Innovationsfonds berichtet. „Eine Teilnahme am Zeltlager oder der Besuch einer Gruppenstunde sind oftmals erste Schritte, um sich anschließend über Jahre in der Jugendverbandsarbeit zu engagieren, Funktionen zu übernehmen, als Leiter_in auf Freizeiten zu fahren und, im Sinne des Peer-to-Peer-Ansatzes, junge Menschen für die Jugendverbandsarbeit zu begeistern.“

Räume schaffen

„Empowerment“ bedeutet, Unterstützung dabei zu bekommen, eigene Bedarfe und Wünsche zu erkennen und zu entwickeln, sie zu artikulieren und Möglichkeiten zu finden, sie einzufordern, zu verhandeln und schließlich zu verwirklichen. Bedingungen dafür sind unter anderem „möglichst sichere Räume, um einen Austausch über persönliche und konfliktreiche Erfahrungen zu gewährleisten“, abseits von Anpassungs- und Leistungsdruck oder Fokussierung auf reine Wissens- und Methodenvermittlung, schreibt Franziska Blath vom Friedenskreis Halle e.V. Ihr Projekt „Kannste mal schnell übersetzen – hier gibt's schon wieder Stress!“ unterstützte die Jugendlichen deshalb „ausgehend von eigenen Bedürfnissen und ihren individuellen Lebenswelten, auch Abgrenzungsstrategien zu entwickeln und das Neinsagen zu erlernen.“ Geschützte Räume ermutigen dazu, Erlebnisse offen zu teilen, machen Zuspruch und Ermutigung erlebbar. Auf einen zusätzlichen sensiblen Aspekt im Hinblick auf geschützte „Empowermenträume“ weist Mark Medebach („Empowerd by Democracy“) hin. Seiner Erfahrung nach „kann es hilfreich sein, Diversität einzuschränken und zum Beispiel Formate nur für People of Color oder nur für weibliche Teilnehmende anzubieten.“

Häufig ist es das Schaffen eines Settings, das Jugendlichen ohne Sanktionen ermöglicht, „ihre Stimme“ zu erheben, schon ein erster Schritt hin zu politischer Teilhabe. Dieser Gedanke trug das Projekt „Vorsicht Demokratie!“ der Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Thüringen. Es veranstaltete 47 Barcamps mit über 2.000 Jugendlichen für „mehr als 200 Stunden gelebte Demokratie“. Die Projektleiter_innen berichten, dass sich viele Jugendliche erstmals anerkannt gefühlt haben, „allein dadurch, dass sie zum Austausch angeregt und gehört werden“, und sehen darin „ein(en) nicht zu unterschätzenden Faktor, um Interesse an gesellschaftlichen Prozessen zu wecken.“ Außerschulische politische Bildung kann die dafür notwendigen Bedingungen bieten: „Ein Barcamp steht (...) in markantem Kontrast zum Lernort Schule. Das Setting basiert auf Freiwilligkeit, Gleichberechtigung und Partizipation, Vorwissen hat keine (ausgrenzende) Bedeutung“ (vgl. „Vorsicht Demokratie!“, LKJ Thüringen).

Projektarbeit im Spannungsfeld zwischen Förderbedingungen, Engagement und gesellschaftlichen Widersprüchen

Eine Rückschau auf die Projektzeit sollte (selbst-)kritisch immer auch Gegebenheiten beleuchten, die zu kontroversen und zum Teil aktuell unüberwindbaren Problemen führten bzw. diese deutlich offenlegten.

Empowerment mit Grenzen

„Es bestand ein starkes Spannungsfeld zwischen Auftrag und Anspruch der Projekte, die Jugendlichen zu empowern, und der Möglichkeit, erworbene Stärken und Befähigungen auch tatsächlich umzusetzen und zu erleben. Eric Wrasse (pädagogischer Leiter der EBJW) schreibt dazu: „Dem ‚Empowerment‘ von Geflüchteten sind juristisch und staatlich enge Grenzen gesetzt. Jedem Träger muss die Situation der Geflüchteten bewusst sein, die überwiegend von Prekarität, Unsicherheit, Ausschluss- und Diskriminierungserfahrungen geprägt ist. In diesem Zusammenhang kann nur sehr leise und behutsam von ‚Power‘ bzw. ‚Empowerment‘ geredet werden, weil man es vor allem mit dem Nichtvorhandensein von ‚Power‘, mit Ohnmacht zu tun hat“ (vgl. Wrasse, 2018: 31-34).“

Konkret bedeutete dies beispielsweise, dass in mehreren Projekten aufgrund des geltenden Asylrechts einige Teilnehmer_innen von Exkursionen ausgeschlossen waren. Der unklare Aufenthaltsstatus vieler Teilnehmer_innen führte zum Teil zu einer hohen Fluktuation, was wiederum Enttäuschungen und Ohnmachtserfahrungen mit sich brachte und darüber hinaus die weitere Arbeit verzögerte sowie geringere Nachhaltigkeit bedeutete.

Die Aufklärung über ihre Rechte und die alltäglichen Diskriminierungserfahrungen Geflüchteter stehen ebenfalls in einem diametralen Widerspruch. Auf der einen Seite erhofft man sich von den geförderten Projekten gesellschaftspolitische Wirkungen, Integration und Teilhabe. Auf der anderen Seite werden genau diese Hoffnungen durch die realen Bedingungen, d.h. mangelnde Rechte und Teilhabemöglichkeiten, konterkariert. Diese Widersprüche konnten in den Projekten zwar thematisiert, aber nicht behoben werden und schränkten unter anderem die Motivation zur Teilnahme ein. Und was bedeutet es nicht zuletzt für die Glaubwürdigkeit der Empowerment-Konzepte, wenn sie jenseits des pädagogisch geschützten Raums keine oder wenig Wirkung entfalten können, „nur“ in der Reflexion verbleiben? Wenn es eine der Intentionen politischer Bildung ist, politisches Handeln und Mitwirken zu fördern, stellt sich die Frage, wie viel politische Aufklärung die Beteiligten selbst traf und wie viel (politische) Aktion in den Projekten möglich war. Letztendlich blieb die Erkenntnis, dass mehr Konzepte dazu entwickelt werden sollten, wie Nichtwähler_innen und Menschen mit eingeschränkten verfassten politischen Rechten, d.h. Jugendliche oder Geflüchtete, politisch wirksam aktiv werden können.

Diversität beachten

Die Träger reflektierten ihre Arbeitsansätze unter anderem mit der selbstkritischen „Frage nach der Verwirklichung konsequent rassismus- und diskriminierungssensibler Arbeit“ (vgl. „We are the World“, NIKA). Das Ideal „vollständig inklusiv zu sein“ konnte noch nicht erreicht werden, für zukünftige Projekte sollten deshalb von Anfang an auch die Teams divers zusammengesetzt sein, mehr geflüchtete Menschen, Menschen mit internationaler Geschichte und eigenen Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen einbezogen werden und auch Koordinierungs- und Leitungsaufgaben übernehmen. „So gibt es Beispiele von Aktivitäten, die gut gemeint sind, aber eben nicht auf Augenhöhe umgesetzt werden, weil rein weiße, maximal privilegierte Teams tonangebend sind – das heißt, alle Beteiligten haben eine deutsche oder inländische Perspektive, die mit entsprechenden Privilegien verbunden ist –, und in denen Macht- und Herrschaftsstrukturen reproduziert und Menschen anderer und vermeintlich anderer Herkunft weiterhin diskriminiert werden“, schreibt selbstkritisch Julia Wenger, Friedenskreis Halle e.V., vom Projekt „Weltentausch“ in dieser Broschüre.

Wenn Träger weiter intensiv Zugänge für geflüchtete Jugendliche schaffen wollen, sind „Auseinandersetzungen im eigenen Verband zu Rassismuskritik oder zu Inklusion von Geflüchteten (...) wichtige Elemente“ ebenso wie „Schulungen für Fachkräfte im Umgang mit der Zielgruppe, etwa zu rechtlichen Fragen oder in rassismuskritischer und diversitätsbewusster Arbeit“, resümiert Ludwig Weigel (DBJR) in seinem Gastbeitrag.

Oft war es nur eine Randbemerkung, insgesamt war das Problem aber keineswegs marginal: Die tatsächliche Heterogenität der als „Geflüchtete“ oder „Menschen mit Migrationshintergrund“ titulierten Teilnehmenden zeigte sich auch in der Sprachenvielfalt. Nicht in jedem Fall war von vornherein Mehrsprachigkeit gegeben (wie im Projekt der EJBW), sodass eine dritte Sprache

wie Englisch die Kommunikation erleichtern konnte. So machten etwa Projekte, die Qualifizierungen durch Peer-Trainings durchführten, die Erfahrung, dass schon die Gewinnung von Teilnehmenden durch Sprachbarrieren erheblich erschwert wurde (vgl. den Beitrag von „Weltentausch“, Halle, in dieser Broschüre).

„Besondere“ Zielgruppe?

Noch ein weiterer Punkt wurde unter den Projekten durchgehend kritisch diskutiert. Voraussetzung für die Förderung durch den Innovationsfonds war eine Zusammenarbeit mit Jugendlichen mit oder ohne Migrationsgeschichte oder Fluchterfahrungen. Zwar war unstrittig, dass die Teilnehmenden an den Projekten unterschiedliche Lebenserfahrungen und -bedingungen hatten, und damit Bedarfe, die Berücksichtigung finden sollten. Die Fokussierung auf den Status als „Geflüchtete“ wurde jedoch von Projektverantwortlichen und Teilnehmenden deutlich beanstandet. Für die Projekte waren damit nicht diejenigen Jugendlichen die Zielgruppe, die „da sind“, zum Beispiel im Kiez, in Jugendgruppen vor Ort oder als Besucher_innen der Einrichtung, sondern solche mit bestimmten Merkmalen. Nicht Inklusion, im Sinne eines offenen Angebots für alle, war damit die Maßgabe, sondern das persönliche Schicksal der Jugendlichen – genauer, ein Teil davon.

„Die Teilnehmenden empfanden übereinstimmend beide Bezeichnungen (Flüchtlinge/Geflüchtete; Anm. HB und MK) als stigmatisierend und ausschließend. Als Flüchtlinge oder Geflüchtete habe man keine Chance sich ‚vollständig in die Gesellschaft zu integrieren‘. Man werde sprachlich markiert, bleibe so außen vor und passe letztlich nicht in die ‚Heimat der Deutschen‘. Obwohl die meisten Jugendlichen der betreffenden Diskussionsrunde diese Ansicht teilten, unterschieden sich Selbstverständnis und Umgang der geflüchteten Jugendlichen mit dieser Einschätzung: Einige der Jugendlichen mit Fluchthintergrund möchten sich auch zukünftig als ‚Flüchtlinge‘ bezeichnen, andere berichteten davon, diesen Begriff nach und nach ablegen und sich als ‚Deutsche mit syrischen oder anderen Wurzeln‘ bezeichnen zu wollen,“ schreibt Nadja Bilstein vom Projekt „Meine, deine, unsere Stadt“ (Haus Neuland).

Diese Überlegungen spiegeln die Notwendigkeit der Differenzierung, die Berücksichtigung der Bedingungen vor Ort und der Bedarfe der tatsächlichen oder potenziellen Teilnehmenden. Durch die gesonderten Anforderungen der Projektförderung des Innovationsfonds, auch durch die thematische Vorgabe („Flucht, Migration, Heimat und Religion – Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“), war es aber schwierig, Teilnehmergewinnung und Durchführung der Projekte in die Regelarbeit der Träger zu integrieren oder Projekte zu entwickeln, die auf den Erfahrungen und Ergebnissen eigener laufender Aktivitäten basierten.

Flexible und alltagsnahe Förderungen sind notwendig

Die beschriebenen Sachverhalte schmälern keinesfalls die ausdrückliche Anerkennung der Flexibilität der Förderung durch die Projekte. Die Regeln des Innovationsfonds ließen es zu, im laufenden Projekt aufgrund von „Lessons Learned“ Änderungen und situationsbedingte Anpassungen an die Bedarfe der Teilnehmenden vorzunehmen.

Gerade deswegen zeigen die Erfahrungen mit dem Innovationsfonds: Förderbedingungen sollten es ermöglichen, dass Zeit und Geld für Qualifizierung, Konsolidierung oder Anpassung des

Projektkonzepts – nicht jede Entwicklung ist vorhersehbar – sowie die Gewinnung von Teilnehmenden und die notwendige Entwicklung professioneller Beziehungen („Beziehungsarbeit“) aufgewendet werden kann. Förderbedingungen sollten grundsätzlich mehr Freiheiten zulassen, damit Projekte flexibler, und das heißt partizipativer und teilnehmendenorientierter, arbeiten können. Angesichts des sich verschärfenden politischen Klimas und der zu bewältigenden gesellschaftlichen Aufgaben lohnt es sich gerade, ein breites, vielfältiges, inklusives, den Bedarfen vor Ort angepasstes Angebot politischer Bildung zu unterstützen. Die Trägerlandschaft mit ihren vielfältigen Ansätzen bietet dafür Zugänge und Know-how.

Zu den Beiträgen in dieser Broschüre

Von diesem Know-how zeugen die Beiträge in dieser Broschüre. Indem sie Erfahrungen und Ergebnisse, ebenso wie offene Fragen, teilen, unterstützen die Vorhaben künftige Projekte, regen den fachlichen Diskurs an, tragen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten bei und ermöglichen Schlussfolgerungen, um Forderungen an die Politik stellen zu können. Angereichert und bekräftigt werden sie von Erfahrungen aus dem bundesweiten Projekt „Empowered by Democracy“, das 2017 bis 2019 von der GEMINI durchgeführt wurde, und aus den Vorhaben im Handlungsfeld „Jugendverbandsarbeit“ im Innovationsfonds, die vom Deutschen Bundesjugendring (DBJR) begleitet wurden.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!
Ihre Transferstelle politische Bildung / Transfer für Bildung e.V.

Literatur

Bremer, Helmut / Kleemann-Göhring, Mark (2011): Aufsuchende Bildungsarbeit: Mit Vertrauen Brücken in bildungsferne Lebenswelten schlagen. In: *forum erwachsenenbildung* 03/2011, Recht auf Bildung – Bildungsgerechtigkeit, hrsg. v. DEAE, Bielefeld, S. 53-56

Reinhardt, Sybille (2013): Soziales und politisches Lernen – gegensätzliche oder sich ergänzende Konzepte? In: Bremer, Helmut / Kleemann-Göhring, Mark / Teiwes-Kügler, Christel / Trumann, Jana (Hrsg.): *Politische Bildung zwischen Politisierung, Partizipation und politischem Lernen*. Weinheim, Basel, S. 239-252

Transfer für Bildung e.V. (2020): Weiterbildung und Weiterbildungsberatung für „Bildungsferne“, Datenbankeintrag, <https://transfer-politische-bildung.de/transfertmaterial/praxisbeispiele/weiterbildung-und-weiterbildungsberatung-fuer-bildungsferne>

Wrasse, Eric (2018): Schizophren, realitätsfern und unglaublich? Integrationspolitik und die Herausforderungen für die politische Bildung. In: *Außerschulische Bildung* 1/2018, S. 31-34

Autorinnen

Helle Becker und Marita Klink, Transfer für Bildung e.V. / Fachbereich Transferstelle politische Bildung

Aus anderen Projekten

Diversität als Ressource für die Demokratie

Mark Medebach, Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et)

Im bundesweiten Projekt „Empowered by Democracy“ waren junge Menschen mit und ohne Fluchthintergrund von März 2017 bis Ende 2019 eingeladen, sich in Seminaren und Projekten mit Fragen des Zusammenlebens in der Demokratie auseinanderzusetzen. Das Projekt förderte außerdem den Austausch unter Fachkräften, die Entwicklung einer diversitätsbewussten Praxis und die Etablierung neuer Partnerschaften in der politischen Jugendbildung. Darüber hinaus wurden geflüchtete Jugendliche ermutigt und befähigt, Teamer_innen zu werden und selbstgewählte Formate und Projekte der politischen Bildung für andere Jugendliche anzubieten.

Jede Demokratie, besonders die nationalstaatlich verfasste, steht vor der Frage, wer zu ihrem „Demos“ gehört und somit über politische Teilhaberechte verfügt. Die aktuellen Inhaber_innen dieser Rechte haben die Möglichkeit, in demokratischen Verfahren Zugang zu diesen Rechten zu erleichtern oder einzuschränken und sogar Personengruppen auszuschließen. Zehn Millionen in Deutschland lebende Menschen ohne Wahlrecht verkörpern wie keine andere Gruppe die Fragilität und Kontingenz von Zugehörigkeit und Deutschsein, sie stellen die Frage nach der Verteilung von politischen Teilhaberechten und der demokratischen Legitimität unseres Gemeinwesens. Beim Themenkomplex Flucht und Migration zeigen sich gesellschaftliche Widersprüche besonders markant. Es geht dabei sowohl um die Offenheit von Institutionen für verschiedene Bevölkerungsgruppen im Innern als auch um Zugangsregelungen zum Staatsgebiet. In der Figur des_der Migrant_in, vor allem des_der Geflüchteten, verschränken sich diese beiden Aspekte und werden sichtbar. Bemühungen um den Abbau innerer und äußerer Barrieren treffen auf Forderungen nach Abschottung der Grenzen und auf Verweigerung der Teilhabe an Politik und Gesellschaft. Die Perspektiven der Migrant_innen werden in diesen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen oft vernachlässigt. Dies trifft besonders auf die mehrheitlich jugendlichen Geflüchteten zu, die neu in Deutschland sind und noch wenig Zugang zu Netzwerken und Institutionen haben, in die sie ihre Sichtweisen und Interessen einbringen können.

Als das Projekt „Empowered by Democracy“ im März 2017 startete, konnten geflüchtete Jugendliche zwar unter zahlreichen bedarfsgerechten sportlichen, kulturpädagogischen und Sprachlernangeboten wählen. Passende Angebote der politischen Bildung waren hingegen unterrepräsentiert und in dieser Zielgruppe wenig bekannt. Bundesweit aktive Träger der außerschulischen politischen Jugendbildung, d.h. die Mitglieder der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung im bap (GEMINI), bündelten mit „Empowered by Democracy“ ihre Kräfte, um gemeinsam auf diese Herausforderung zu reagieren. Sie konnten dabei auf viel Erfahrung zurückgreifen – etliche Mitgliedseinrichtungen arbeiten seit langem mit geflüchteten Jugendlichen. Zudem verfügt die außerschulische politische Jugendbildung über eine Infrastruktur regelfinanzierter Einrichtungen und pädagogischen Fachpersonals im gesamten Bundesgebiet. Damit war es möglich, in knapp drei Jahren Projektlaufzeit nahezu 250 Einzelveranstaltungen und -projekte umzusetzen. Rund 4.400 Jugendliche, davon 75 Prozent mit Flucht- oder anderweitigem Migrationshintergrund, konnten so in einen Austausch zur zentralen Fragestellung des Projekts treten: Wie wollen wir in dieser Gesellschaft zusammenleben?

Geflüchtete Jugendliche: Eine besondere Zielgruppe?

Rückblickend lässt sich festhalten, dass sich politische Bildungsarbeit mit geflüchteten Jugendlichen nicht grundsätzlich von der Arbeit mit anderen Zielgruppen unterscheidet. Dennoch gibt es Besonderheiten, die im Projekt von Bedeutung waren: Geflüchtete Jugendliche bringen zahlreiche, besonders vielfältige Ressourcen mit in die Lerngruppen. Dazu gehören die Kenntnisse verschiedener Sprachen, Erfahrungen mit unterschiedlichen politischen Systemen, diverse kulturelle Kompetenzen und politische Vorstellungen sowie auf der Flucht erworbene Fähigkeiten. Diese Ressourcen eröffnen Lerngelegenheiten. Sie machen es aber zugleich anspruchsvoller, einen für alle zugänglichen Kommunikationsmodus zu finden, in dem politische Aushandlungsprozesse geführt werden können.

Zu beachten ist auch, dass die Gruppe „Geflüchtete Jugendliche“ vulnerabel ist, dass sie, zumindest in Teilen, unter hohem gesellschaftlichen Druck steht und paradoxen Botschaften ausgesetzt ist. Sie ist Adressatin von Integrationserwartungen, während ihre Rechte und Teilhabechancen in den vergangenen Jahren durch Asylrechtsverschärfungen eingeschränkt wurden. Liegt etwa bei einer_einem Jugendlichen ein prekärer Aufenthaltsstatus vor, können daraus resultierende Unsicherheiten und Ängste Lernprozesse erschweren. Auch mögliche Traumatisierungen sind bei der Arbeit mit Geflüchteten zu berücksichtigen.

Werden mit einem Projekt wie „*Empowered by Democracy*“ vor allem geflüchtete Jugendliche angesprochen, hat man es in der Bildungspraxis aufgrund der hohen Diversität dieser Zielgruppe mit besonders heterogenen Lerngruppen zu tun. Die dabei gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse können Hinweise geben, wie eine diversitätsorientierte politische Bildung in der Migrationsgesellschaft weiterentwickelt werden kann. Wie können inklusive Bildungsprozesse gestaltet werden, die die demokratische Kultur stärken und die politische und gesellschaftliche Teilhabe von Jugendlichen mit diversen Hintergründen unterstützen?

Ambiguitätstoleranz stärken

Voraussetzung eines kontroversen demokratischen Streits. Besonders Projektteilnehmende mit Fluchterfahrung betonten immer wieder die Bedeutung wechselseitigen Verständnisses für ein gelingendes Zusammenleben. Bildungssettings, die Begegnungen von Jugendlichen ermöglichen, die sich im Alltag selten oder gar nicht begegnen, können Perspektivwechsel ermöglichen, die Stereotype und Vorurteile irritieren. Gelingt es in einer heterogenen Gruppe, ein Klima des Vertrauens zu schaffen, in dem sich alle gleichberechtigt in Diskussionen einbringen können, kommen mit hoher Wahrscheinlichkeit verschiedene Aspekte eines Themas authentisch zur Sprache (vgl. Jantschek, 2019: 35). So kann eine demokratische Streitkultur eingeübt werden, die einem Denken in Freund-Feind-Kategorien entgegenwirkt und differenzierte Urteilsbildungen ermöglicht. Die meisten Praktiker_innen im Projekt gestalteten ihre Bildungsmaßnahmen mit einem prozessorientierten Ansatz, in dem es darum ging, den Jugendlichen zuzuhören, offen für ihre verschiedenen Perspektiven zu sein, ihre Stärken wahrzunehmen – und auch von ihnen zu lernen und eigene Reflexionsprozesse in Gang zu setzen.

Nonkonformes Verhalten ermöglichen und Kritikfähigkeit trainieren

Bildungssettings sollten so gestaltet sein, dass auch nonkonformes Verhalten ohne Angst vor Nachteilen möglich ist. Wenn sich Teilnehmende nur in vermeintlich sozial erwünschter Form in Gruppendiskussionen einbringen, werden offene demokratische Dialoge unterlaufen. Dies gilt besonders, wenn Jugendliche mit prekärem Aufenthaltsstatus teilnehmen, die bei manchen Meinungsäußerungen möglicherweise Konsequenzen für ihr Asylverfahren befürchten. Ohnehin ist es, mit Blick auf alle Teilnehmenden, geboten, Kritikfähigkeit in einer Zeit zu stärken, in der Anpassungzwänge sowie die Verhärtung von Strukturen und Mentalitäten die Gesellschaft zunehmend prägen. Es ist wichtig, geschützte Empowermenträume zu schaffen, in denen vertrauensvoller Atmosphäre auch problematische Gesichtspunkte leichter zur Sprache kommen können (vgl. Toyka-Seid, 2019: 14). Dafür kann es hilfreich sein, Diversität einzuschränken und zum Beispiel Formate nur für People of Color oder nur für weibliche Teilnehmende anzubieten. Die Reflexion der emotionalen Ebene ist in diesen Settings von besonderer Bedeutung, sowohl im Gruppenprozess als auch im Team. Wie Menschen Erfahrungen bewerten und in welchen Kontexten sie sich aufgehoben und zugehörig fühlen, ist in erster Linie eine emotionale Angelegenheit. Zudem erzeugen Emotionen Motivationen und formen Präferenzen, auch politische. Narrative und biografische Zugänge spielten im Projekt „Empowered by Democracy“ nicht zufällig eine wichtige Rolle. Damit in Bildungssettings eine vertrauensvolle Atmosphäre entstehen kann, müssen Pädagog_innen Beziehungsarbeit leisten sowie sprach- und diskriminierungssensibel agieren (vgl. Karakaşoğlu et al., 2019: 96). Dazu gehört es, schon vor einer Veranstaltung Kontakte zu den Teilnehmenden zu knüpfen und Informationen über ihre Sprachkenntnisse zu sammeln. Mehrsprachigkeit und Diversität im Allgemeinen können als Ressource sehr gewinnbringend in den Bildungsprozess einbezogen werden. Zentral ist dabei, nicht nur Teilnehmendengruppen, sondern auch Teams divers aufzustellen.

Selbstwirksamkeit fördern, Zukunft gestalten

Die Bereitschaft zu demokratischem Engagement setzt voraus, dass Gesellschaft überhaupt als veränderbar wahrgenommen wird. Erfahrungen von Selbstwirksamkeit zu fördern, war deshalb ein wichtiges Projektziel. Produktorientiertes Arbeiten mit medien- und theaterpädagogischen Methoden sowie die Förderung von Medienkompetenz unterstützten Jugendliche dabei, ihre Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen. Auffallend war die hohe Motivation gerade der Teilnehmenden mit Fluchterfahrung, sich öffentlich zu artikulieren. Oft hatten sie diese Möglichkeit in ihren Herkunftsländern nicht und schätzen die demokratischen Teilhabemöglichkeiten in Deutschland sehr. Zugleich berichteten sie auch von Diskriminierungen und Zugangsbarrieren. Politische Bildung kann dazu beitragen, solche unterschiedlichen Erfahrungen zu thematisieren und der Reflexion zugänglich zu machen.

Politische Bildner_innen: Professionalität und Haltung

Was lässt sich für zukünftige Fachdebatten mitnehmen? Außerschulische politische Bildung konnte sich noch nie auf „Rezeptwissen“ verlassen, deshalb soll hier auch keines präsentiert werden. Entscheidend für den Erfolg von „Empowered by Democracy“ waren die politischen Bildner_innen, die sich mit großem Engagement Lern- und Reflexionsprozessen sowie der Vernetzung mit neuen Akteuren und Zielgruppen geöffnet haben. Mit dieser Haltung handelten sie als aktive Gestalter_innen ihrer Professionalität im Hinblick auf die Arbeit mit hoch diversen Gruppen. Eine wichtige Erkenntnis dabei war, dass die Fokussierung und Benennung einzelner Zielgruppen zwar temporär zielführend sein kann, perspektivisch der Blick aber auf die Frage gerichtet sein sollte, wie Ansätze, Formate, Abläufe, Netzwerke, Teams und Strukturen den Anforderungen einer von Diversität geprägten Migrationsgesellschaft noch besser gerecht werden können. Dazu gehört es auch, politische Bildung als einen Teil der Gesellschaft zu verstehen, dessen Auftrag es ist, die Menschenrechte zu stärken und demokratische Teilhabe aller in Deutschland lebenden Menschen zu unterstützen. Was das praktisch bedeutet und ob es gelingt, wird auch davon abhängen, inwieweit politische Bildung sich für mehr Diversität öffnet und ob fachliche Reflexionsräume zu dieser Thematik zur Verfügung stehen und genutzt werden.

Zum Projekt

Projektträger von „Empowered by Democracy“ war der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. Umgesetzt wurde das Projekt von der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), dem Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AL), der Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) und dem Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR).

Die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung war zuständig für die Gesamtkoordination des Projekts. Die umsetzenden Träger sind Mitglieder der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung im bap (GEMINI). Gefördert wurde das Projekt aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.

„Empowered by Democracy“. Stärken. Bilden. Vernetzen.

<https://empowered-by-democracy.de>

Broschüren, Materialien und Analysen zum Projekt (Downloadangebote)

<https://empowered-by-democracy.de/materialien>

Literatur

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) (2019): Empowerment, Begegnung und Demokratie gestalten. Impulse aus dem Projekt „Empowered by Democracy“ für die politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Wuppertal

Downloadangebot: https://empowered-by-democracy.de/wp-content/uploads/2019/11/Empowerment-Begegnung-und-Demokratie-gestalten_web.pdf

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) (2018): Politische Jugendbildung und Teilhabechancen in der Migrationsgesellschaft gestalten. Wuppertal

Downloadangebot: https://empowered-by-democracy.de/wp-content/uploads/2018/11/BAP_EbD_Broschuere_RZ_web.pdf

Jantschek, Ole (2019): Geschützte Räume, kontroverse Räume. In: *Journal für politische Bildung*, Heft 3, S. 34-38

Karakaoğlu, Yasemin / Mecheril, Paul / Goddar, Jeannette (2019): Pädagogik neu denken! Die Migrationsgesellschaft und ihre Lehrer_innen. Weinheim

Toyka-Seid, Christiane (2019): Zwei Jahre „Empowered by Democracy“ – Jugendliche berichten. „...doch dann hat es mich gepackt, ich habe politisches Interesse entwickelt.“ Wuppertal

Downloadangebot: https://empowered-by-democracy.de/wp-content/uploads/2019/09/PJB_EbD_Broschuere_web_doppelseiten_110919-1.pdf

Autor

Mark Medebach, Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et), war Gesamtkoordinator des Projekts „Empowered by Democracy“ für die beteiligten Bundesorganisationen.



Viel passiert und noch viel zu tun – Junge Menschen mit Fluchterfahrung nachhaltig in die Jugendverbandsarbeit integrieren

Ludwig Weigel, Deutscher Bundesjugendring (DBJR)

Jugendverbände ermöglichen es allen jungen Menschen, eine etablierte, professionelle Struktur für Partizipation und Engagement zu erfahren. Junge Menschen mit Fluchthintergrund verfügen in der Regel jedoch nicht über die üblichen Kennenlern- und Zugangswege zu den Angeboten der Jugendverbandsarbeit. Um daran etwas zu ändern, haben vier Projekte von 2017 bis 2019 beispielhaft neue Wege ausprobiert. Sie wurden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus dem Innovationsfonds des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert und vom Deutschen Bundesjugendring (DBJR) fachlich begleitet. Ludwig Weigel, Referent für jugendpolitische Themen beim DBJR, gibt in seinem Gastbeitrag Einblicke in die Erfahrungen.

Das gesellschaftliche und politische Klima in Europa zeigt: Wir leben aktuell in einer tief gespaltenen Gesellschaft. Ein Beispiel dafür sind einerseits Menschen und Positionen, die uneingeschränkte Solidarität mit Geflüchteten fordern und auch zeigen. Gleichzeitig sind wir täglich mit Vorurteilen, Rassismus und Abschottung, politisch und gesellschaftlich, gegenüber Menschen auf der Flucht konfrontiert. Jugendverbände und -ringe in Deutschland machen sich nicht erst seit der großen Fluchtbewegung 2015 für eine solidarische Willkommenskultur stark und setzen auf gute Integrationspolitik statt Abschottung. Die Jugendverbandsarbeit steht für Empowerment, für Gleichbehandlung und Toleranz statt Diskriminierung und Rassismus. Für Jugendverbände ist es selbstverständlich, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, egal welcher Herkunft, in Deutschland und Europa alle die gleichen Rechte haben müssen.

In den vergangenen Jahren sind viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland geflohen, unter ihnen zahlreiche junge Menschen. Angesichts traumatischer Fluchterfahrungen und des Verlusts der Heimat können Jugendverbände Möglichkeiten, Perspektiven und Räume schaffen, wo insbesondere junge Geflüchtete Begegnung und Teilhabe erleben können. Ob im kulturellen oder politischen Bereich, in den helfenden Verbänden oder den konfessionellen Jugendverbänden: Es gibt eine große Vielfalt unterschiedlicher Anknüpfungspunkte, wie gemeinsam mit Geflüchteten gelernt, erlebt und gelacht werden kann. Jugendverbände bieten Freiräume und ermöglichen informelles Lernen. Sie stehen für außerschulische Bildungsangebote für alle jungen Menschen, damit diese Gemeinschaft erleben und sich entfalten können.

Seit 2015 ist viel passiert. Werte, Angebote und Ausrichtung der Jugendverbandsarbeit haben dazu geführt, dass sich die Verbandsstrukturen in der Arbeit mit und für junge Geflüchtete immer mehr geöffnet haben. Alte und neue Herausforderungen bestehen weiterhin. Eine besondere Herausforderung sind die Zugänge und Kennenlernwege junger Menschen mit Fluchterfahrung zur Jugendverbandsarbeit. Die Erfahrungen zeigen: Junge Geflüchtete haben kaum Peer- oder familiäre Kontakte zu Jugendverbänden. Angebote von Jugendverbänden in Gemeinschaftsunterkünften, in denen junge Menschen meist nur vorübergehend untergebracht werden, sind oft sehr befristet oder nur begrenzt geeignet, um Jugendverbandsarbeit oder den jeweiligen Verband und seine Arbeit kennenzulernen. Daneben sind junge Geflüchtete in erster Linie mit den gesetzlichen Hürden im Asylverfahren, der Verarbeitung ihrer Erfahrungen und dem Zugang zu vor allem formalen Bildungsangeboten beschäftigt. Sobald sie an diesen Punkten vor Schwierigkeiten gestellt werden, tritt weiteres (ehrenamtliches) Engagement in den Hintergrund. An den Übergängen in neue Lebenssituationen verliert sich so oft der Kontakt zu den Jugendverbänden.

Jugendverbände und -ringe sind dennoch vielerorts auf Gruppenunterkünfte, Strukturen und auch gezielt auf junge Geflüchtete selbst zugegangen, um mit niedrigschwülligen Angeboten der Jugendarbeit vor Ort, mit Ferienfreizeiten und anderen Maßnahmen zu einer gelingenden Integration beizutragen. Um die Ehrenamtsstrukturen in der Jugendarbeit mit und für junge Geflüchtete weiter zu öffnen, wurden unter anderem ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeitende in den Jugendverbandsstrukturen geschult. Zudem wurde pädagogisches Material erstellt und rechtliche Unterstützung, beispielsweise zur Residenzpflicht bei Jugendreisen oder zu anderen Themen, eingeholt. Je nach Ausrichtung und Schwerpunkt eines Verbandes wurden unterschiedliche Angebote geschaffen, in denen die Verbandsinteressen und die Interessen der Geflüchteten zusammenpassten. Einen Königsweg oder ein Musterangebot der Jugendverbandsarbeit mit und für junge Geflüchtete gibt es dabei nicht. Die Jugendverbandslandschaft selbst ist vielfältig und passt sich den unterschiedlichen Voraussetzungen vor Ort und in der Gruppe dementsprechend flexibel an. Die Erfahrungen in den letzten Jahren haben vor allem gezeigt, dass der zielführendste Weg in der Arbeit mit jungen Geflüchteten der ist, das Rad nicht neu zu erfinden, sondern im Kern an inhaltlichen und pädagogischen Leitlinien des eigenen Verbandes festzuhalten. Denn in der Regel sollte es so sein, dass sich junge Menschen selbstbestimmt den Ort suchen, an dem sie ihren Interessen am besten nachgehen können.

Die beschriebenen Hürden führen dazu, dass eine nachhaltige Bindung junger Geflüchteter an die Jugendverbandsarbeit aktuell zu den schwierigsten Herausforderungen der verbandlichen Öffnung gehört. Das Jugendministerium (BMFSFJ) hat daher im Rahmen des Innovationsfonds Jugendverbände und -ringe gefördert, die sich gezielt mit diesem Thema auseinandersetzen. Von 2017 bis 2019 wurde die Arbeit von vier Projekten unterstützt. Die Projekte hatten das Ziel, nachhaltige Kontakt- und Kennlernmöglichkeiten zu schaffen, Barrieren und Hinderungsgründe zu ermitteln und abzubauen sowie Prinzipien der Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit zu reflektieren und zu vermitteln.



Die Ausgangssituation der Projekte ist regional unterschiedlich. Ein eher in der Fläche aktiver Jugendverband verbindet andere Herausforderungen mit der Thematik als ein Jugendring in einer Großstadt, der vor allem übergeordnete Koordinierungsaufgaben gegenüber den engagierten Jugendverbänden übernimmt. Ebenso konnten einige Projekte auf schon jahrelang etablierte Strukturen der Jugendverbandsarbeit mit jungen Geflüchteten zurückgreifen, während andere ihr Projekt mit niedrigschwülligen Aktionen und Netzwerkarbeit begonnen haben, um sich den Projektzielen zu nähern. Bei aller Verschiedenheit ziehen sich auch gemeinsame, übergeordnete Erkenntnisse durch alle Projekte.

Zugang von Menschen mit Fluchthintergrund zur Jugendverbandsarbeit

Projekte im Innovationsfonds des Kinder- und Jugendplans des Bundes im Rahmen der Jugendstrategie *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft* im Handlungsfeld „Jugendverbandsarbeit“

- SJD Die Falken, Landesverband Brandenburg: Mach's mit and go for Ehrenamt
- Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e.V.: Jugend kommt an – gesellschaftliche Partizipation für zugewanderte Jugendliche
- Landesjugendring Berlin e.V.: Vom FÜR zum MIT
- Stadtjugendring Wiesbaden e.V.: Demokratisch handeln, Vielfalt leben – Wie die Inklusion von geflüchteten Kindern und Jugendlichen gelingen kann!

Fachliche Begleitung: Deutscher Bundesjugendring (DBJR)

Beschreibungen auf der Webseite des Projekts „Eigenständige Jugendpolitik im Innovationsfonds“: <https://innovationsfonds.jugendgerecht.de/verbandlich>

Nachhaltige Arbeit mit jungen Geflüchteten braucht gesonderte Ressourcen

Am Ende der Projektlaufzeit war deutlich, dass die Arbeit mit und für junge Geflüchtete nicht ohne Weiteres in die klassische Jugendverbandsarbeit und die damit verbundene Förderung integriert werden kann. Auch wenn die Arbeit mit jungen Geflüchteten inhaltlich und methodisch der genuinen Jugendverbandsarbeit ähnelt, sind zusätzliche Ressourcen für die spezifischen Herausforderungen notwendig. Dazu zählen beispielsweise besondere finanzielle Förderbedarfe für junge Geflüchtete, etwa bei Teilnahmegebühren und anderen notwendigen Aufwänden, aber auch Schulungen für Fachkräfte im Umgang mit der Zielgruppe, etwa zu rechtlichen Fragen oder in rassismuskritischer und diversitätsbewusster Arbeit. Geschulte Ansprechpartner_innen in den Verbänden oder Jugendringen sind hilfreich für Austausch und Netzwerkarbeit, damit Expertise und Zeit für rechtliche Beratung und Begleitung sowie für die Entwicklung neuer Konzepte vorhanden ist.



Arbeit mit Partner_innen und migrantischen Jugendselbstorganisationen eröffnen Zugänge

Neben dem Weg über die Unterkünfte für Geflüchtete haben die Projekte Kontakte zu weiteren Partner_innen aufgebaut, um junge Geflüchtete für ihre Angebote zu gewinnen; vor allem zu Moscheegemeinden oder migrantischen (Jugend-)Organisationen, zu denen junge Geflüchtete durch andere Bezüge bereits einen guten Zugang haben. Neben Austausch und Sensibilisierung für Jugendverbandsarbeit wurden gemeinsame Aktionen durchgeführt. Ein wichtiger Aspekt war in einigen Projekten der Ansatz, junge Geflüchtete zur Selbstorganisation zu befähigen, das heißt gruppenspezifische Interessensvertretungen zu ermöglichen und zu unterstützen.

Oftmals ist jedoch die Elternarbeit der wichtigste Hebel für Zugänge zu Angeboten der Jugendverbandsarbeit. So gab es im Projekt der Falken Brandenburg, das mit Mädchen und jungen Frauen arbeitete, großen Bedarf an Elternarbeit. Mitarbeiter_innen oder Ehrenamtliche mussten viel Überzeugungsarbeit und vor allem Vertrauensarbeit leisten, damit die Mädchen und jungen Frauen auf Freizeiten mitfahren durften. Auch für die pädagogischen und strukturellen Prinzipien des Verbandes mussten Kompromisse beziehungsweise kreative Lösungsansätze gefunden werden, damit beispielsweise der koedukative Ansatz – das heißt die Unterbringung von Mädchen und Jungen in einem Zelt oder Zimmer – nicht verändert werden musste.



Peer-to-Peer-Ansatz als wichtiges Instrument für langfristige Bindung

Eine Teilnahme am Zeltlager oder der Besuch einer Gruppenstunde sind oftmals erste Schritte, um sich anschließend über Jahre in der Jugendverbandsarbeit zu engagieren, Funktionen zu übernehmen, als Leiter_in auf Freizeiten zu fahren und, im Sinne des Peer-to-Peer-Ansatzes, junge Menschen für die Jugendverbandsarbeit zu begeistern. Dieser Weg ist natürlich auch in der Arbeit mit jungen Geflüchteten möglich. Die Projekte haben für diese Zielgruppe niedrigschwellige Angebote entwickelt. Manche haben neue Aktivitäten, beispielsweise in Form einer Schreibwerkstatt, geschaffen, um junge Geflüchtete zu erreichen. Andere wiederum nutzen ihre jährlichen Zeltlager, um junge Geflüchtete an die Jugendverbandsarbeit heranzuführen. Unter anderem wurden Broschüren in mehreren Sprachen entwickelt, um über die Arbeit von Jugendverbänden allgemein zu informieren.

Eine spannende Aufgabe ist es, wenn man darüber hinaus junge Geflüchtete für die Arbeit als Leiter_innen oder in anderen Funktionen gewinnen möchte und damit eine langfristige Bindung schafft. Ein wichtiges Instrument ist dabei die Jugendleiter_innencard-Schulung (Juleica), in der ein bundesweit einheitlicher Ausweis als Legitimation und Qualifikationsnachweis für ehrenamtliche Mitarbeiter_innen in der Jugendarbeit erworben wird. Alle Projekte haben spezifische Schulungen dazu durchgeführt. Nicht nur in den vier Projekten, sondern auch bei weiteren Jugendverbänden und -ringen sind Juleica-Schulungen für junge Geflüchtete ein wichtiges Thema. Sie werden mittlerweile in unterschiedlichen Varianten angeboten: als Schulungen ausschließlich für Geflüchtete, über spezielle Module innerhalb einer regulären Juleica-Schulung bis hin zu allgemeinen Schulungen, die sich diversitätsbewusster öffnen wollen. Das Projekt des Stadtjugendrings Wiesbaden beispielsweise hat das Ziel, allgemeine Juleica-Schulungen in Deutschland unter rassismuskritischen und migrationspädagogischen Fragestellungen zu analysieren. Denn nicht nur die Schulungen für junge Geflüchtete, sondern auch die Auseinandersetzungen im eigenen Verband zu Rassismuskritik oder zu Inklusion von Geflüchteten sind wichtige Elemente, um die eigenen Zugänge zu öffnen.

Die vier Projekte haben von 2017 bis 2019 unterschiedliche Wege eingeschlagen, Methoden erprobt, Angebote erarbeitet und neue Partner_innen gewonnen. Es wurden neue Strukturen geschaffen und wechselseitiges Vertrauen aufgebaut. Die Jugendverbandsarbeit mit jungen Geflüchteten braucht Zeit und Erfahrung. Nehmen die Verbände die Herausforderungen und die Öffnung ernst, müssen sie sich weiter verändern und womöglich auch bisherige Überzeugungen – etwa wie beschrieben das koedukative Konzept – zur Disposition stellen. Das kann aber nur dann wirklich erfolgreich sein, wenn die gesellschaftlichen Missstände und Hürden bei der Einhaltung garantierter Rechte für junge Geflüchtete abgebaut werden. Die zwei Projektjahre haben gezeigt, dass es mit Projektende eigentlich erst richtig losgehen kann.

Weitere Informationen

Deutscher Bundesjugendring (2015): Jugendverbandsarbeit mit jungen Geflüchteten.
Online: https://www.globaleslernen.de/sites/default/files/files/link-elements/dbjr-ah-jugendverbandsarbeit_mit_jungen_gefluechteten-web.pdf (abgerufen am 23.09.2019)

Deutscher Bundesjugendring (2015): Flucht – Positionen des DBJR.
Online: https://www.dbjr.de/fileadmin/Publikationen/2015-DBJR_broschueren-flucht.pdf (abgerufen am 23.09.2019)

Autor

Ludwig Weigel ist Referent für jugendpolitische Themen beim Deutschen Bundesjugendring (DBJR).



Kurzvorstellung der Projekte

Innovative Projekte im Handlungsfeld „Politische Bildung“

Bund der Deutschen Katholischen Jugend Diözesanverband Berlin e.V.

Lebenswege – Heimat neu gedacht

Umdenken, neu denken, Bewährtes verändern. Jugendlichen mit unterschiedlicher Herkunft, Bildungsbiografien und Erfahrungen, mit und ohne Fluchtgeschichte gerecht zu werden und allen gemeinsam den Zugang zu Angeboten zu ermöglichen, war die Herausforderung des Projektes. Abseits gewohnter Wege ist dies gelungen, wobei die fördertechnische Möglichkeit, das Angebot während der Laufzeit anzupassen, mitentscheidend war.

Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“ (EJBW)

Train the Trainer: Qualifizierung von Menschen mit und ohne Fluchterfahrung als Trainer_innen für einen bundesweit abrufbaren Trainer_innenpool

Die EJBW bietet einen Lernort für politische Bildung mit Jugendlichen und unterstützt ihre Entwicklung zu selbstbewussten Bürger_innen und Akteur_innen der Gestaltung von Zivilgesellschaft. In dem Projekt bildet die EJBW junge Menschen mit und ohne Migrations- oder Fluchterfahrung zu Trainer_innen aus, die ihre Erfahrungen sowie ihr biografisches und politisches Wissen Jugendlichen vermitteln und diese in ihrem eigenen Engagement, zum Beispiel gegen Diskriminierung, unterstützen. Im Rahmen der Qualifizierung erweitern die Teilnehmenden ihre Kenntnisse zur politischen Bildung und vertiefen inhaltlich Themen wie Menschenrechte, Diskriminierung und Migration. Anschließend entwickeln sie Workshopkonzepte, die sie selbstständig umsetzen.

Friedenskreis Halle e.V.

„Kannste mal schnell empowern ... !?“ – Über Rollen, Grenzen und Konflikte

Das Projekt stärkte die sprachlichen und interkulturellen Potenziale und Kompetenzen von Jugendlichen mit Flucht- oder Migrationserfahrungen und eröffnete Räume für Austausch und Kreativität. Flankierend unterstützte das Projekt die Teilnehmenden dabei, ausgehend von eigenen Bedürfnissen und ihren individuellen Lebenswelten, auch Abgrenzungsstrategien zu entwickeln und das Neinsagen zu erlernen.

Friedenskreis Halle e.V.

Weltentausch – Kritische Reflexionen zur politischen Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten

Das Planspiel „ene mene muh – und raus bist DU!“ wurde vom Friedenskreis Halle e.V. zusammen mit Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrungen entwickelt. Es informiert über Flucht und Asyl und das Leben Geflüchteter in Deutschland und versetzt die Teilnehmenden dabei in die Rolle von Asylsuchenden. Im Beitrag beleuchtet die Projektleiterin exemplarisch Herausforderungen aus der Projektarbeit und verbindet ein persönliches Fazit mit Forderungen an zukünftige Projektförderungen.

Haus Neuland e.V.

Meine, deine, unsere Stadt – eine Topografie des Heimatbegriffs von Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung am Beispiel Bielefeld

Mit dem Projekt ist ein Raum entstanden, in dem Jugendliche mit ihren Meinungen zur sozialen Struktur der Stadt von politischen Entscheidungsträgern, kulturellen Institutionen und der allgemeinen Öffentlichkeit gehört und ernst genommen werden. Die Teilnehmenden erfassten Straßen, Plätze, Denkmäler und Parks in einem digitalen, interaktiven Stadtplan und beschrieben in Audios und Videos, welche persönliche Bedeutung diese Orte für sie haben. Vorstellungen von Identität, Zugehörigkeit und Zuhause – zentrale Begriffe im gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Diskurs – werden auf diese Weise sichtbar und vermittelbar.

Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ) Thüringen e.V.

„Vorsicht, Demokratie!“

„Deine Demokratie braucht Deine Stimme! Das Projekt „Vorsicht, Demokratie!“ bedeutet, die Expert_innen in sich zu erkennen!“ Mit diesem Slogan hat die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ) Thüringen e.V. sehr erfolgreich für Barcamps geworben. Das Projekt hat sich als Beteiligungsformat und als Interessenvertretung junger Menschen im politischen Prozess verstanden. Die Projektkoordinator_innen unterstützten die Jugendlichen durch umfassende organisatorische Vorbereitung der aufsuchenden Veranstaltungen und boten zusätzlich unter #Geplantungeplant offene Beratung an. Die Ergebnisse der Treffen wurden mit Graphic Recordings dokumentiert.

Netzwerk Interkulturelle Arbeit (NIKA), Mutpol – Diakonische Jugendhilfe Tuttlingen e.V., Region Böblingen

„We are the World“ – Workshops für und von Jugendlichen zu Vielfalt, Respekt und Partizipation

NIKA gehört zur diakonischen Jugendhilfe Tuttlingen in der Region Böblingen bei Stuttgart, macht interkulturelle Familienzentrumsarbeit und bietet Seminare und Fortbildungen an. Das Projekt „We are the World“ hat Jugendlichen mit und ohne Flucht- und Migrationsgeschichte einen Ort geboten, an dem sie ihre Bedürfnisse, Wünsche und Meinungen einbringen konnten sowie Ideen umgesetzt haben. Mut machen, die Initiative zu ergreifen und selbst aktiv zu werden, ist ein Ziel von NIKA.

Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. (tgbw)

My Parti-Klick – Durch Wertedialoge Partizipation und Empowerment fördern

Damit sie gelingen, müssen Begegnungen von Jugendlichen mit und ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte an die unterschiedlichen Erfahrungen mit den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Wertesystemen anknüpfen. Die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg (tgbw) e.V. bringt Erfahrungen aus zwanzig Jahren Integrationsarbeit mit und fungiert als Brückenbauerin.

Verband für interkulturelle Arbeit – VIA e.V.

Meine Stadt – meine Identität. Politische Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

VIA e.V. ist in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit aktiv. In mehreren Städten haben Jugendliche in Einrichtungen wie dem Offenen Treff „Kulturbunker“ in Duisburg-Bruckhausen per App Stadtourenrouten entwickelt, damit Menschen mit Fluchterfahrung ihre Einwanderungsstadt besser kennenlernen können. Ausgehend vom Selbstverständnis und dem gesetzlichen Auftrag der Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) zeigt das Beispiel, unter welchen Bedingungen politische Bildung in Offenen Treffs gelingen kann.



Erfahrungen der Praxis: Die Projekte blicken zurück

BDKJ e.V. | Lebenswege – Heimat neu gedacht

Interview mit Ramona Hinkelmann, Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) e.V., Diözesanverband Berlin

Wie können Jugendliche mit und ohne Fluchtgeschichte im ländlichen Raum Brandenburgs erreicht werden und wie können sie sich begegnen? Gleich zu Beginn musste der „Fahrplan“ des Projektes „Lebenswege – Heimat neu gedacht“ geändert werden. Wie es dazu kam und wie es gelungen ist, berichtet Ramona Hinkelmann (BDKJ) im Interview.

Transfer für Bildung (TfB): Ihr habt ziemlich schnell zu Beginn des Projektes das Thema geändert. Welchen Grund gab es dafür?

Ramona Hinkelmann: Der Fokus des Projektes war ursprünglich Mobilität und Heimat. Die Idee war, dass Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung zusammenkommen, Erfahrungen austauschen und Ideen entwickeln, um ihre alltägliche Mobilität im ländlichen Raum zu verbessern. Es war geplant, dass sie in einen Dialog mit Politiker_innen oder Vertreter_innen von Verkehrsbetrieben kommen, ihre Interessen also auch politisch vertreten sollten. Es wurde jedoch sehr schnell klar, dass Mobilität für viele Jugendlichen kein dringliches Problem ist. Sie nehmen die Situation im ländlichen Raum so hin, wie sie eben ist, arrangieren sich damit und sind zumeist sehr gut organisiert. Mit dem Thema Heimat konnten sie mehr anfangen. Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung begegnen sich im Alltag kaum oder gar nicht und die Treffen im Projekt warfen völlig andere Themen auf als Mobilität.

TfB: Die Besonderheit der Förderung aus dem Innovationsfonds war, dass man die inhaltliche und konzeptionelle Ausrichtung des Projektes in der laufenden Förderperiode anpassen und verändern konnte. Was bedeutete das für Eure Arbeit?

RH: Das Aufeinandertreffen und die Begegnung verschiedener Milieus, Kulturen und individueller Geschichten bestimmten die Dynamik im Projekt. Die Flexibilität der Förderung durch den Innovationsfonds war hier sehr hilfreich, da wir direkt an den Interessen und Bedarfen der Jugendlichen anknüpfen konnten und das Projekt danach ausrichten und entsprechend nachjustieren konnten. Zu glauben, dass dieselbe Maßnahme mit denselben Methoden für Jugendliche aus unterschiedlichsten Milieus gewinnbringend ist, ist ein Irrtum. Spontan einen neuen, adäquaten Weg zu finden, ist herausfordernd und eine flexible Förderung dabei nicht nur unterstützend, sondern unbedingt notwendig und letztlich auch effizient.

TfB: Wie seid Ihr im Projekt vorgegangen?

RH: Wir hatten eine relativ feste Gruppe aus Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung, die sehr divers zusammengesetzt war. Zusammen haben wir mehrere Wochenendmaßnahmen oder Sommerwochen veranstaltet. Meistens trafen wir uns in Bildungseinrichtungen oder Jugendhäusern in Brandenburg. Wir fuhren aber auch nach Berlin und veranstalteten dort eine Stadtrallye oder fuhren im Sommer zusammen zum Bistumsjugendtag an die Ostsee. Es ging, verknüpft mit dem Thema Heimat, vor allem um den interkulturellen Austausch, gekoppelt an politische Bildungsprozesse. Beispielsweise wurden Themen wie Menschenrechte oder Gendiskriminierung bearbeitet. Teambuildingmaßnahmen halfen, dass sich die Jugendlichen besser kennenlernen und Vertrauen aufbauen konnten.

TfB: Gab es angesichts der strukturellen Bedingungen im ländlichen Raum von Brandenburg besondere Hürden?

RH: Die Sammelunterkünfte, in denen die geflüchteten Jugendlichen wohnen, liegen meist abgelegen. Hinzu kommt, dass die Distanzen in Brandenburg allgemein groß sind. Dementsprechend war für die Jugendlichen die Hürde hoch, überhaupt zu unseren Angeboten zu kommen und am Projekt teilzunehmen. Deshalb haben wir sie fast immer zu unseren Treffen abgeholt, obwohl wir uns gewünscht haben, dass sie im Laufe der Zeit auch selbstständig kommen. Doch der komfortable „Abholservice“ ist schnell zur Selbstverständlichkeit geworden. Dass die geflüchteten Jugendlichen – anders als die mit der Infrastruktur vertrauten brandenburgischen Jugendlichen – zwanzig Minuten zu öffentlichen Verkehrsmitteln laufen, um mit dem Bus quer durch Brandenburg zum Projekt zu fahren, wurde damit unwahrscheinlich.

TfB: Gab es noch weitere Zugangshürden für die geflüchteten Jugendlichen?

RH: Gleich zu Anfang stellte sich die Frage, wie wir die Jugendlichen mit Fluchterfahrung überhaupt erreichen. Es gab einige Unterkünfte in Brandenburg, die sich auf unsere Anfrage, unsere Angebote zu verbreiten und uns zu vernetzen, nicht zurückmeldeten, vermutlich weil sie keine ausreichenden personellen Ressourcen haben. Wir arbeiteten vor allem mit der Gemeinschaftsunterkunft im brandenburgischen Hoppegarten zusammen.



Die Jugendlichen wohnen mit ihren Familien sehr beengt in einem Zimmer, es gibt keine Privatsphäre, etwa eigene Bäder oder Toiletten. Das führte dann zur nächsten Hürde: Viele Jugendlichen schämten sich, uns oder andere Jugendliche einzuladen. Wo soll man sich in der Unterkunft treffen, um in Ruhe miteinander zu sprechen? Es zeigte sich, dass ganz viel Beziehungs- und Vertrauensarbeit in alle Richtungen geleistet werden musste, mit den Jugendlichen, teilweise auch mit den Eltern und mit dem Personal der Unterkunft. Einfach nur Flyer mit unserem tollen Angebot auszulegen, funktionierte überhaupt nicht. Es wurde auch deutlich, dass wir es mit ganz anderen Jugendlichen zu tun hatten als denjenigen, die sonst bei Bildungsveranstaltungen des BDKJ Berlin mitmachen. Diese sind oft recht gut situiert und mit der Jugendverbandsarbeit vertraut. Die Jugendlichen mit Fluchterfahrung hingegen kannten das deutsche Ehrenamt nicht, man musste ihnen erstmal nahebringen, wie das funktioniert und welche Bedeutung es hat.

TfB: Welche praktischen und methodischen Herausforderungen ergaben sich?

RH: Für die meisten der geflüchteten Jugendlichen war die Sprachbarriere ein großes Problem. Unsere ersten Angebote und vorbereiteten Methoden überforderten die Jugendlichen sprachlich. Auch der klassische Stuhlkreis funktionierte nicht. Er erinnerte viele zu sehr an die Schule: still sein und aufpassen und vor einer Gruppe sprechen. Wir erkannten, dass wir fantasievolle neue Settings schaffen mussten, zu denen alle Jugendlichen einen Zugang finden konnten. Wir machten deshalb sehr viele interaktive und spielerische Bewegungsangebote. Die gut besuchten Wochenendveranstaltungen und auch die Teilnahme an den Sommerwochen gaben uns recht. Man muss in der Themen- und Methodenauswahl kreativ bei den Bedürfnissen und der Lebenswelt der Jugendlichen ansetzen. Eine standardisierte Umsetzung wird, das können wir mit unseren Erfahrungen nur unterstreichen, kaum erfolgreich sein.

TfB: Kannst Du dafür Beispiele nennen?

RH: Die Jugendlichen mit Fluchterfahrung leben meist mit mehreren Personen in einem Zimmer, die Sammelunterkünfte sind oft eng und bieten keinen Ruhe- und Schutzraum. Der Alltag der nicht geflüchteten Jugendlichen ist oftmals von Termin- und Leistungsdruck geprägt, freie Zeit für sich und ihre persönlichen Interessen ist knapp. Bewegung war deshalb eine Methode, die alle Jugendlichen ansprach. Durch Bewegung konnten sie sich individuell ausdrücken, der Zugang zu Themen entstand auf einer eher sinnlich-leiblichen Ebene und hatte gleichzeitig etwas Verbindendes. Beispielsweise haben wir übers Basketballspiel Zugang zum Thema Erfahrungen mit Diskriminierungen geschaffen. Beim Spielen wurden immer wieder neue Bedingungen und Regeln aufgestellt: geschlechtergemischte Gruppen, nur Frauen können Körbe werfen oder die Gruppe gewinnt nur einen Punkt, wenn alle aus dem Team einmal den Ball in der Hand hatten. Die Grundlage war eine Sportart, mit der man den Schnittpunkt zu einem bestimmten Thema schuf, die Erfahrungen wurden anschließend zusammen reflektiert. Ein anderes Beispiel ist das Thema Werte und Normen, dem wir uns spielerisch mit einer Werte-versteigerung angenähert haben: Jede_r hat als Währung Bonbons bekommen, mit denen diejenigen Werte ersteigert werden konnten, die einem am wichtigsten waren. Darüber kam man ins Gespräch und in eine Diskussion.

TfB: Was habt Ihr als politische Bildner_innen und als Verband aus diesen neuen, teilweise herausfordernden Erfahrungen für euch mitnehmen können?

RH: Das Projekt hat intern im Team und im BDKJ Berlin insgesamt Diskussionen angeregt, was diversitätssensible politische Bildung für uns faktisch bedeutet. Die Arbeit mit geflüchteten Jugendlichen verlangt einem viel Sensibilität ab, Vertrauens- und Beziehungsarbeit ist ganz besonders wichtig und nicht immer einfach. Auch braucht man große Flexibilität bei der Methodenauswahl. All dies hat uns gezeigt, dass wir uns kontinuierlich, auch im Alltagsgeschäft, kritisch hinterfragen müssen, wie wir den im BDKJ-Leitbild formulierten Anspruch, alle Jugendlichen zu erreichen, umsetzen wollen. Es reicht nicht aus und wird auch nicht erfolgreich sein, sich auf ein Methodenheft oder bewährte Formate zu verlassen oder eine Diversitätscheckliste abzuhaken. Neues zu wagen, auch bewährte Formate und die eigene Komfortzone zu verlassen, dazu gehört Mut, verbunden mit einer klaren Haltung.

Pluralität prägt die Welt und kennzeichnet unsere Gesellschaft. Die Individualität der Menschen, unterschiedliche soziale Gruppen, Kulturen, Ursprünge und Gewohnheiten zeichnen unser Zusammenleben aus. Katholisch bedeutet allumfassend. Nach dem Verständnis des BDKJ Berlin ist Vielfalt Abbild der Schöpfung und Ausdruck der Liebe Gottes. Diversität leben bedeutet, einen Prozess zu initiieren und ihn konsequent und geduldig fortzuführen, Diskussionen anzustoßen und auch sich selbst kritisch zu hinterfragen sowie Privilegien zu erkennen und zu teilen. Vielfalt vielfältig zu gestalten – dies sehen wir als Christ_innen als Auftrag an.

TfB: Welche Erkenntnisse aus dem Projekt lassen sich allgemein für die Jugendarbeit gewinnen?

RH: Unser Projekt fand in Brandenburg statt, sodass wir vor allem am Anfang die Unterstützung und das Netzwerk der vor Ort ansässigen Akteure der Jugendarbeit benötigten, um Jugendliche mit und ohne Fluchtgeschichte dort im ländlichen Raum kennenzulernen und für das Projekt zu gewinnen.

Große räumliche Distanz zwischen den verschiedenen Akteur_innen erschwert die Netzwerkarbeit und den fachlichen Austausch. Für eine Stärkung der interkulturellen politischen Bildung innerhalb der Jugendarbeit – insbesondere im ländlichen Raum – wären ein kontinuierlicher Austausch und regelmäßige Netzwerktreffen mit Sicherheit eine große Unterstützung. Bei den Landesjugendringen gibt es Stellen, die sich um die interkulturelle Öffnung ihrer Mitgliedsverbände kümmern, diese könnte man für mehr regionale Zusammenarbeit auch ins Boot holen.

Und schließlich möchte ich anregen, sich unbedingt positiv überraschen zu lassen. Das Projekt hat dem BDKJ hier in Berlin einen – tatsächlich unerwarteten – Anschub gegeben. Zwei Monate nach dem Projektende sind Jugendliche aus dem Umfeld des BDKJ aus sich heraus aktiv geworden und haben auf der Mitgliederversammlung den Antrag gestellt, dass der BDKJ weiterhin an der interkulturellen Öffnung arbeiten und Verantwortung dafür übernehmen soll. Dieser Aufforderung werde ich mit meiner Agenda für gerechte Jugendarbeit als Referentin für soziale und politische Bildung folgen.



Weitere Informationen

Lebenswege – Heimat neu gedacht (Projektwebseite)
<http://www.bdkj-berlin.de/projekte/lebenswege/>

Interviewpartnerin

Ramona Hinkelmann ist Referentin für soziale und politische Bildung beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) e.V., Diözesanverband Berlin, und hat das Projekt „Lebenswege – Heimat neu gedacht“ geleitet.

„We are the World“ – Workshops für und von Jugendlichen zu Vielfalt, Respekt und Partizipation

Büsra Aktas, Dikea Kypriotou, Petra Pfendtner; Netzwerk Interkulturelle Arbeit (NIKA)

„We are the World“ – Einsetzen. Einstehen. Einmischen. Für eine vielfältige, demokratische und gerechte Welt: Jugendliche mit und ohne Migrations- und Fluchtgeschichte haben sich in Workshops, filmisch dokumentiertem Straßentheater und in der Ausbildung zu Peer-Trainer_innen mit individuellen und gesellschaftlichen Werten auseinandergesetzt, um herauszufinden, wie aus einem Nebeneinander ein Miteinander in der Gesellschaft werden kann.

Das Projekt „We are the World“ des Netzwerks Interkulturelle Arbeit (NIKA) wandte sich an Jugendliche mit und ohne Migrations- und Fluchtgeschichte. 40 Teilnehmer_innen zwischen 18 und 22 Jahren nahmen an Workshops teil, in denen Biografiearbeit, Umgang mit Rassismuserfahrungen und Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation im Mittelpunkt standen. Diese und weitere Themen, wie individuelle Lebensziele, respektvoller Umgang miteinander und Vielfalt wertschätzen, hatten die Jugendlichen selbst gewählt. Sie wurden von NIKA dabei unterstützt, eigene Wünsche zu klären und ihre Erwartungen an die Gesellschaft zu reflektieren sowie Ideen zu entwickeln, wie sie ihrer Vorstellungen von Gesellschaft heute und morgen verwirklichen können.

We are the World – und „hatten eine megaschöne Zeit“

Ein Ziel des Projektes war es, die Teilnehmer_innen dafür zu motivieren, zukünftig selbst als Peer-Trainer_innen aktiv zu werden. Um ihnen den Einstieg zu erleichtern, konnten sich die Jugendlichen zunächst als interkulturelle Ferienbetreuer_innen qualifizieren. Dazu wurde ihnen didaktisches Wissen vermittelt; inhaltlich-fachliche Sicherheit wurde vertieft und eingeübt. Besonders wichtig war in diesem Kontext ein interkulturelles Konfliktlösungsmodell, das multiperspektivisches Denken und den Umgang mit unterschiedlichen Sichtweisen anleitet. Es war außerdem hilfreich, um einen gemeinsamen Arbeitsrahmen zu finden und Regeln zu vereinbaren.

Viele Jugendliche resümierten, dass ihnen die ehrenamtliche Arbeit mit den Kindern sehr viel Spaß gemacht hatte. Sie hoben hervor, dass vor allem die Zusammenarbeit in einem interkulturellen Team abwechslungsreich und lehrreich und „eine gute Zeit“ war. Zusätzlich konnten sie aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit Kindern eine Teilnahme an den Ferienaktivitäten ermöglichen, die sonst wegen fehlender Sprachkenntnisse nicht oder nur eingeschränkt hätten teilnehmen können.

In allen Workshops des Projektes wurde mit vielfältigen Methoden gearbeitet. Bei Straßenaktionen und öffentlichen Workshops, zum Beispiel in Schulen, stellten die Jugendlichen ihre Erfahrungen aus der Beschäftigung mit Themen wie Diskriminierung und Rassismus vor. Sie zeigten Mut, diese schwierigen Themen anzusprechen und ihren erarbeiteten Umgang damit zu präsentieren. Die Auswertung der Aktivitäten setzte erneut Lern- und Gruppenprozesse in Gang.

Auf jährlichen Jugendkonferenzen konnten die Jugendlichen ihre Ideen und Wünsche mit Politiker_innen diskutieren. Hier machten sie erste Erfahrungen mit formaler Politik und Teilhabe, damit, ihre Interessen in einem größeren, formalen Setting einzubringen.

Theaterpädagogische Übungen ermöglichen Selbstwirksamkeitserfahrungen und intensive Kontakte zu anderen. Außerdem boten sie zahlreiche Anlässe zur (Selbst-)Reflexion. Unterstützt von einer Theaterpädagogin und einem Medienpädagogen machten die Jugendlichen in der Fußgängerzone von Böblingen in Rollenspielen auf Diskriminierung und Ausgrenzung aufmerksam. Ihr Ziel war es, Passanten zu sensibilisieren, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und zum Mitmachen zu motivieren, um gegenseitiges Verständnis zu entwickeln sowie Barrieren und Vorurteile abzubauen. Unter dem Titel „Was geht ab, Alter? Straßentheater gegen Rassismus & Diskriminierung“ wurde das Experiment filmisch dokumentiert und bearbeitet.

Eine umfangreiche „Methodensammlung für Jugendliche UND für die Arbeit mit Jugendlichen zur interkulturellen Sensibilisierung, gegen Rassismus & Diskriminierung“ wurde gegen Ende des Projektes veröffentlicht. Module zur interkulturellen Sensibilisierung und zu Antidiskriminierung und Toleranz liefern inhaltliche Beiträge und Methodenvorschläge. Daneben enthält die Handreichung Kennenlernmethoden oder Techniken zum Umgang mit Mehrsprachigkeit.

Aufgrund ihrer Erfahrungen in den Workshops und der Anleitung nach dem Peer-Training-Konzept durch das NIKA-Team begannen die Jugendlichen im zweiten Projektjahr, selbstständig Workshops mit Gleichaltrigen zu entwickeln und zu leiten.

Wertedebatte in der politischen Bildung – meine, deine, unsere Werte?

Das Erkennen und Reflektieren eigener Werte, das Formulieren persönlicher Bedürfnisse sowie das Aushandeln gemeinsamer Regeln und das Einfordern von Rechten sind wichtige Kompetenzen in einer demokratischen, interkulturellen Gesellschaft. Die Anknüpfung an Interessen, Bedarfen und Erfahrungen von Jugendlichen sowie deren freiwillige Teilnahme an Aktivitäten sind genuine Prinzipien der Jugendarbeit. Durch anlassbezogene Auseinandersetzungen mit ihren Themen wird für die Jugendlichen Integration, Partizipation und Demokratie erlebbar. So hat die Erfahrung von Partizipation im Projekt die Selbstwirksamkeit der Jugendlichen gestärkt, was die Motivation zum gesellschaftlichen Engagement erhöhen kann.

In der politischen Bildungsarbeit mit geflüchteten jungen Menschen und Jugendlichen mit oder ohne Migrationsgeschichte oder strukturellen Benachteiligungen ist das Thema Werte ein bedeutendes Element mit trennenden und Gemeinsamkeit schaffenden Potenzialen. Die Auseinandersetzung über Werte im persönlichen Leben, in der Familie oder im Freundeskreis sowie im schulischen Kontext oder in weiteren gesellschaftlichen Bezügen spielt, auch angesichts persönlicher Diskriminierungserfahrungen, eine große Rolle. Jugendliche sind entwicklungsgemäß auf der Suche und offen für Debatten über Werte, unabhängig von vorhandenen Orientierungen oder Gruppenzugehörigkeiten – vorausgesetzt sie können eine Verbindung zum eigenen Erleben herstellen und die Erfahrung machen, als Person gesehen zu werden.

Erfahrungen aus der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen aus unterschiedlichen kulturellen Räumen

Beobachtungen zeigen, dass ein Austausch über die eigenen Werte – und die bei anderen vermuteten – fruchtbar und notwendig ist, wenn Zusammenarbeit und Zusammenleben gelingen sollen. Hier ist die Einwanderungsgesellschaft gefordert: Menschenrechte, Kinderrechte sowie Werte wie Respekt und Toleranz und darüber hinaus Teilhabemöglichkeiten werden bislang nicht so vermittelt und umgesetzt, dass sie von den Jugendlichen eindeutig wahrgenommen und bewusst erlebt werden.

Werte werden unterschiedlich interpretiert. Die verschiedenen Vorstellungen müssen geklärt werden, um dann im konstruktiven Austausch das Gemeinsame zu finden oder neu zu bestimmen. Ein Beispiel aus dem Projekt war die kulturell unterschiedliche Auffassung von Zeit. Für die Zusammenarbeit und den Umgang miteinander war es wichtig, Eigenverantwortung, Verlässlichkeit, Verbindlichkeit und Pünktlichkeit, aber auch die sozialen oder familiären Imperative für Prioritäten zu thematisieren und einen konsensualen Rahmen zu entwickeln. Die unterschiedlichen Auffassungen von Werten werden oftmals erst durch auftretende Konflikte deutlich. Interkulturelle Konfliktlösungstechniken helfen, die jeweils individuellen Werte zunächst besser zu verstehen und sich dann auf einen gemeinsamen Rahmen und ein Vorgehen zu einigen. Missverständnisse können dadurch reduziert und die Handlungs- und Kommunikationsfähigkeit aller Beteiligten verbessert werden.

Der Diskurs über Werte ist ein wichtiger Bestandteil politischer Bildungsarbeit. Niedrigschwellig, anlassbezogen und an alltäglichen Beispielen entlang geführt, fungiert er als „Türöffner“ und schafft die Basis für die Zusammenarbeit in diversen Gruppen. Sowohl in der Schule als auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen sollten nicht nur Jugendliche Raum für Erfahrungen und Diskurse haben. Durch die Reflexion von Normen und Werten entwickeln sich neue Ein- und Ansichten. Das Thema Werte sowie partizipative Methoden im Alltag von Institutionen wie Schule, in der Bildungsarbeit und der Sozialen Arbeit zu verankern, braucht Zeit, strukturelle Kooperationen sowie gemeinsame Weiterentwicklung. Notwendig sind Vernetzungen mit Eltern und Familien, Wertedebatten in Schulen, Migrantenvereinen und anderen relevanten Organisationen.

Auch verlässliche Beziehungen haben in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen einen hohen Stellenwert. Ohne (individuelle) Beziehungen hätten viele Jugendliche beim Projekt vermutlich gar nicht erst mitgemacht oder wären später weggeblieben. Jugendlichen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte sind viele Aspekte der Einwanderungsgesellschaft zunächst fremd. Sie finden nicht ohne Weiteres Andockpunkte für Teilhabe und verbleiben dann eher in Nischen, die sie in ihrer persönlichen Entwicklung weniger fordern oder ihnen geringere Chancen auf Selbstwirksamkeitserfahrungen bieten. Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen, bedeutet auch Vielfalt, Wertediskurs und Bildungsprozessen angemessenen Raum zu geben. Ein erster Schritt kann sein, Personen mit Respekt und Wertschätzung zu begegnen. Für ein wirkliches Miteinander sollte auf allen Ebenen Partizipation als Recht eindringlich gefordert werden.

Lessons learned

Migrations- und Fluchterfahrung, strukturell bedingte Benachteiligung und andere intersektionale Differenzkategorien sowie mangelnde Anerkennung in der Einwanderungsgesellschaft können zum Rückzug der Betroffenen und zu Passivität führen. Haben Teilnehmende bisher erlebt, dass ihre Meinung nicht gehört wird und nicht zählt, schwindet die Motivation, sich zu äußern. Auch Machtbeziehungen haben großen Einfluss auf die Selbstwahrnehmung von Jugendlichen; oftmals werden eigene Gefühle, Bedürfnisse und Ideen dann untergeordnet.

Der Wert einer Demokratie, Möglichkeiten, sich zu engagieren und einen Unterschied zu machen sowie respektvolle, wertschätzende Beziehungen gehören nicht in jedem Fall zum Erfahrungsschatz marginalisierter Jungen und Mädchen. Werte wie Respekt und soziales Verhalten, die sie anderen gegenüber zeigen, müssen die Jugendlichen auch auf sich bezogen erfahren können. Im Projekt wurde in Gruppenprozessen daran angeknüpft. Selbstvergewisserung braucht Raum in homogenen Gruppen, aber auch gemeinsames Arbeiten in diversen Gruppen.

Wenn Jugendliche mit Flucht- und Migrationsgeschichte von Beginn an selbstverständlich partizipieren sollen, ist eine prozessorientierte, offene Arbeitskultur erforderlich und werden ausreichende Ressourcen wie Sprachmittler_innen/Doletscher_innen zum mehrsprachigen Arbeiten benötigt. Nach etwa einem Jahr Spracherwerb konnten Projektteilnehmende Rollenvorbilder und aufgrund ihrer Peer-Trainer_innen-Kompetenzen für andere Jugendliche motivierend und wegweisend sein.

Politische Bildungsarbeit mit marginalisierten Gruppen muss die Herausforderungen im Alltag der Jugendlichen wahrnehmen und der Bearbeitung genügend Raum geben: zum Beispiel einen anderen Zeitbegriff aushalten, häufig Einzelgespräche führen, die Bearbeitung geplanter Themen flexibel und sensibel anpassen und sich ausdauernd auf prozessorientierte Arbeitsweisen einlassen.

Weitere Informationen

We are the world (Projektwebseite)
<https://www.mutpol-boeblingen.de/nika.html>

Straßentheaterfilm „Was geht ab, Alter!“ gegen Rassismus und Diskriminierung (2018)
https://www.youtube.com/watch?time_continue=7&v=rwp0SgUzfBw

Das Handbuch „We are the World“ wird demnächst auf der Webseite von NIKA zum Download angeboten.

Autorinnen

Büsra Aktas ist Sozialpädagogin und Dikea Kypriotou pädagogische Mitarbeiterin für Interkulturelle Jugendarbeit und Interkulturelle Trainings im NIKA-Team. Petra Pfendner ist Erziehungswissenschaftlerin und leitet das Netzwerk Interkulturelle Arbeit (NIKA), Mutpol Region Böblingen.

EJBW | Train the Trainer: Qualifizierung von Menschen mit und ohne Fluchterfahrung als Trainer_innen für einen bundesweit abrufbaren Trainer_innenpool

Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“ (EJBW)

Die Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“ (EJBW) hat Referent_innen und Trainer_innen mit und ohne Migrations- oder Fluchterfahrung eingeladen, an einer Multiplikator_innenschulung im Themenfeld Politische Bildung, Migration, Inklusion teilzunehmen. Mehr als 30 Teilnehmer_innen mit verschiedensten Hintergründen und Erfahrungen sind dem Aufruf gefolgt und haben im Rahmen der Weiterbildung Seminare und Workshops durchgeführt. Die EJBW hat damit zu einer interkulturellen Öffnung der politischen Bildung beigetragen.

Der Innovationsfonds des Kinder- und Jugendplans des Bundes im Rahmen der Jugendstrategie *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft* hat das Train-the-Trainer-Projekt im Handlungsfeld „Politische Bildung“ gefördert. Die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) konnte in diesem Innovationsfondsprojekt ihre Erfahrungen und Kompetenzen aus anderen Qualifizierungsmaßnahmen für Peer-Teamer_innen in der politischen Bildung für Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Migrations- oder Fluchterfahrung nutzen.

Übergeordnete Ziele im Projektzeitraum (2017-2019) waren:

- Mehr Menschen mit Fluchterfahrung und Migrationshintergrund für die politische Bildung als Profession zu begeistern und zu qualifizieren,
- die Perspektiven der Teilnehmenden für Bildungsangebote zu nutzen,
- Sensibilität dafür zu fördern, dass die Erfahrungen von Flucht oder Migration wertvoll sind,
- Impulse des Wertediskurses innerhalb der Einwanderungsgesellschaft aufzunehmen
- sowie einen Kontakt auf Augenhöhe und Austausch zu schaffen.

Für das Themenfeld Politische Bildung, Migration, Inklusion wird ein bundesweit abrufbarer Trainer_innenpool aufgebaut.

Etwa ein Drittel der Teilnehmenden an der Qualifizierung hat Fluchterfahrung(en). Sie alle bringen wertvolle Erfahrungen aus ihren Herkunftsländern mit, unter anderem aus Ägypten, Nicaragua, Ghana, Nigeria, Georgien, Moldawien, Afghanistan, Syrien, der Türkei und dem Irak. 2019 besuchten etwa 50 Personen die verschiedenen Qualifizierungen oder führten bereits eigene Bildungsangebote durch.

Im Folgenden kommen die Teilnehmenden mit Flucht- oder Migrationserfahrung in O-Tönen zu Wort. Sie berichten von ihren Erfahrungen während der Ausbildung. Aus Datenschutzgründen wurden die Namen der Teilnehmenden von der Redaktion geändert.

Die meisten Teilnehmenden an der Ausbildung 2019 haben über Facebook von der Veranstaltungsreihe erfahren.

„Ich habe zufällig davon gehört, durch Facebook, und ich wollte diese Chance nutzen, weil ich schon immer Interesse an politischer Bildung und Menschenrechte habe. Auch wegen meiner ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten. Das war ein Weg für mich, damit ich mich mehr in der Gesellschaft engagiere und meine drei Sprachen und unterschiedlichen Qualifikationen nutzen kann.“ Leyla aus Ägypten

Auch Samira aus dem Iran hat ein Facebook-Post motiviert mitzumachen, vor allem, weil sie Interesse an Arbeit außerhalb der Universität hatte und gern mit Migrant_innen und Menschen mit Fluchterfahrung arbeiten möchte: „Deshalb bin ich einfach ohne irgendwelche Vorkenntnisse zu dieser Organisation gegangen.“

Andere beschreiben ihren teils langen Weg, eine Möglichkeit zu finden, um sich zu engagieren, und wie ihnen dies durch das Angebot der EJB Weimar möglich wurde.

„Ich habe mich entschieden, an dem Programm teilzunehmen, weil ich schon seit langer Zeit ein großes Interesse an den Menschenrechten habe. Das kommt aus meiner persönlichen Erfahrung, als ich in Syrien lebte, weil ich Kurde bin. Also habe ich Erfahrung mit Diskriminierung. Ich hatte kein Recht, wie die anderen Menschen im Land zu leben. Und ich fühlte, dass etwas fehlt und ich etwas dafür tun muss. Ich konnte nicht viel tun und habe versucht, einer NGO beizutreten. Aber es gab keine NGO in Syrien und ich bin nach Dubai gezogen, auch dort gab es keine Möglichkeit. Als ich nach Weimar kam, bekam ich diese Chance und wurde Mitglied der EJBW, um meinen Traum wahrwerden zu lassen.“ Malik, Kurde aus Syrien (O-Ton in englischer Sprache)

Von der Qualifizierung bis zur Umsetzung eigener politischer Bildungsangebote

Zur Ausbildung gehörten Orientierungswissen zur politischen Bildung sowie inhaltliche Vertiefungen zu Themen wie Menschenrechte, Flucht und Asyl. Über das gesamte Ausbildungsjahr verteilt fanden zahlreiche Veranstaltungen statt: Ausbildungs- und Coachingseminare, eine vertiefende Oster-Akademie, eine separate Fortbildung zum Thema Graphic Facilitation (visuelle Prozessbegleitung, die über die reine Dokumentation hinausgeht) sowie ein Barcamp zum Thema Menschenrechte.

Die Teilnehmenden beschäftigten sich auch mit der Geschichte und den Akteuren der politischen Bildung in Deutschland und Europa. Außerdem wurde thematisiert, welche Möglichkeiten es gibt, auch in anderen Kontexten und Einrichtungen der politischen Bildung tätig zu werden. Leitfragen der Workshops waren: Was braucht ihr als politische Bildner_innen? Welche Themen sollten angegangen und vertieft werden? Wer wird gehört? Wie lässt sich der Vernetzungsgrad untereinander erhöhen?

Die Teilnehmenden lernten unterschiedliche didaktische Elemente der politischen Bildung kennen und sie in der Konzeptentwicklung und der Durchführung von Workshops und Seminaren selbstständig anzuwenden.

Parallel zu den Veranstaltungen in der Bildungsakademie wurden die Teilnehmenden der Qualifizierung Schritt für Schritt bei der praktischen Umsetzung begleitet, zunächst durch Hospitationen bei Workshops, die Ko-Leitung von Seminartagen und zuletzt bei der Entwicklung von eigenen Konzepten und der selbstständigen Durchführung von Seminaren. Dabei haben sie persönliche Themen und Anliegen, wie Migrationserfahrungen, gesellschaftliche und kulturelle sowie sprachliche Pluralität und Identität oder Teilhabe an der Gesellschaft, einbezogen.

„Ich habe viel gelernt und es war eine gute Erfahrung, weil ich jetzt neue Kontakte habe und neue Leute kennengelernt habe. Wir lernen immer jedes Mal neue Methoden und nicht nur theoretisch. Wir setzen sie ein und das finde ich wichtig, dass wir das selber probieren. Deswegen geben wir auch selber den Schülern in verschiedenen Altersgruppen und aus verschiedenen Ländern Workshops.“ Leyla aus Ägypten



Erfahrungen und Reflexion

Menschen mit Fluchterfahrung, Migrationserfahrung oder -hintergrund und Migrant_innen wurden durch die Qualifizierungsmaßnahmen zu Gestalter_innen der politischen Bildungsarbeit. Für die jugendlichen Teamer_innen ging damit oftmals ein persönlicher Perspektivwechsel einher.

„Für mich ist zuerst sehr wichtig, dass wir wirklich aus unterschiedlichen Hintergründen kommen, wie z.B. aus verschiedenen Ländern, verschiedenen Kulturen, verschiedenen Fachgebieten. Aber wir sind hier alle zusammen für ein Thema oder eine Sache, die uns als Gruppe ausmacht. Das war wirklich wichtig für mich. Das zweite waren die Methoden, die ich teilweise noch nicht kannte. Zunächst denkst du nur an dich selbst und dann an dich in der größeren Gruppe, und dann an dich in einem Land, in der Stadt oder in einer Gesellschaft. Auf diesem Wege an mich selbst zu denken und an die Verbindung zwischen mir und anderen Menschen und die Verbindung zwischen mir und dem Land oder der Gesellschaft, in der ich lebe, das war wirklich interessant für mich. Das brachte mich dazu, mehr über mich und mein Leben in größeren Zusammenhängen nachzudenken.“ Samira aus dem Iran; (O-Ton in englischer Sprache)

„Ich glaube, dass es einen großen Effekt hat, wenn wir Workshops über politische Bildung mit Schülern oder mit der Jugend anfangen. Ich habe einen Workshop mit meinen Kollegen über Ausländerrechte gegeben. Die Schüler waren Deutsche. Nach dem Workshop haben wir gewusst, dass ihre Eltern rechtsorientiert waren. Trotzdem konnte ich das nicht fühlen, weil die Schüler mit uns positiv kooperiert haben und das finde ich toll.“ Leyla aus Ägypten

Die Themen der durchgeführten Workshops waren so vielfältig wie die Hintergründe der Teilnehmenden und wurden von ihnen selbst entwickelt. Der von Leyla erwähnte Workshop über die Rechte von Ausländer_innen zum Beispiel wurde von Trainer_innen aus dem Iran, Nigeria, Afghanistan und der Türkei durchgeführt. Sie setzten verschiedene Methoden ein, zum Beispiel ein Lied, aber auch Rollenspiele und künstlerische Formen. Die Arbeit in den Workshops bot den Teilnehmenden viele Impulse, um ihre Position in der Gesellschaft zu reflektieren und eine bewusste Haltung dazu einzunehmen.

„Wir hatten einen Workshop zum Thema „Utopie – was ist das Gute für alle?“. Wir waren in einer Gruppe von vier Trainern. Zwei waren Deutsche, zwei waren international, koreanisch und ich als Iranerin. Wir wollten ein visuelles Ergebnis. Also beschlossen wir, zusammen mit den Kindern so etwas wie eine große Collage zu machen, also eine künstlerische Herangehensweise, denn wir waren zwei Künstler und zwei Studenten. Auch die Sprache war eine Herausforderung. Zunächst haben wir gedacht, es sei besser, Deutsch zu sprechen, weil es die Muttersprache der Schüler ist. Aber weil wir Internationale sind haben wir uns entschieden, Englisch zu sprechen. [...] Der erste Eindruck war, dass die jungen Leute schüchtern waren, dieses Collage-Ding zu machen, vielleicht weil vor allem die Jungen nicht bereit waren, etwas Handgemachtes zu tun. Aber am Ende haben wir eine wirklich gute, große und beeindruckende Collage gemacht. Sie baten uns, sie in ihre Schule mitzunehmen, um sie an die Wand zu hängen. Also machten wir einfach Fotos und haben ihnen die Collage gegeben.“ Samira aus dem Iran (O-Ton in englischer Sprache)

Neben der Frage nach Idealvorstellungen von Gesellschaft waren weitere Themenfelder Menschenrechte sowie Nationalismus und Xenophobie, aber auch Postwachstum. Titel der Workshopkonzepte lauteten: Human Rights of Children: Our Active Participation; Foreigners' rights; Fashion for Future: Was hat Mode mit Menschenrechten zu tun? Islamfeindlichkeit; Segregation: What Kind of Shoes Do You Wear? Warum flüchten Menschen aus Gambia? WIR und DIE – Warum eigentlich? sowie What is a Good Life?

„Wir hatten ein sehr interessantes Thema: Diskriminierung, Gruppenbildung, weil das zwischen Jugendlichen häufig ist. Wir haben unser Projekt mit der Frage „Welches Shirt tragt ihr?“ vorgestellt. Da fängt das oft an mit der Diskriminierung unter Jugendlichen oder Kindern in der Schule. Sie hatten nicht so viel Ahnung von dem Thema. Wir haben alle darüber diskutiert und ein bisschen von unserer Seite Input gegeben, was Diskriminierung ist oder wie man das verhindern kann. Wir sprachen darüber, was sie in der Schule machen können für die Leute, die sich nicht so wohl fühlen zwischen neuen Leuten oder weil sie ein bisschen anders sind, aus familiären Gründen oder weil sie eine andere Herkunft haben oder anders aussehen oder nicht so schlau sind. Und damit haben wir versucht, sie ein bisschen zum Diskutieren zu bringen. Wir haben Aktivitäten, die wir von euch gelernt haben, vorgestellt und sie haben das gemacht. Obwohl sie am Anfang nicht so aktiv waren, haben wir am Ende gemerkt, dass sie sich wohler fühlten. Sogar ein Mädchen hat sehr wichtige oder sehr persönliche Sachen über ihren Bruder erzählt, das fanden wir sehr beeindruckend. Wir haben auch bemerkt, wie schwer das für sie war, über ihre Familie zu sprechen. Das war für mich zumindest oder auch für unsere Gruppe sehr wichtig und sehr, sehr beeindruckend.“ Karim aus Afghanistan

Teilnehmende werden sich auch in Zukunft für politische Bildung engagieren

Im Anschluss an die Workshoptreihe wurden die Teilnehmenden an der Qualifizierung gefragt, wie sie die Wirkung der Workshops zur politischen Bildung einschätzen und ob sie politische Bildung allgemein für sinnvoll halten.

„Ich möchte gern weitermachen. Politik ist wichtig und manche Leute sagen zum Beispiel: ‚Wir reden nicht über Politik, wir haben nichts mit der Politik zu tun‘. Aber ich denke: Wieso? Politik kontrolliert unser Leben: Gesundheitssystem, Bildungssystem, die Wahl des Präsidenten eines Landes. Das heißt, es kontrolliert mein Leben. Also muss ich eine Rolle dabei spielen und eine Meinung dazu haben. Dafür würde ich gerne mehr Workshops geben, natürlich mehr Methoden und Kompetenzen erlernen und von anderen Kollegen, Trainern und Teilnehmern lernen. Workshops in der EJBW schaffen eine reiche Atmosphäre. Die Teilnehmer am Train-the-Trainer-Programm kommen aus verschiedenen Ländern und Bereichen, deswegen lernen wir viel voneinander.“ Leyla aus Ägypten

Zum einen reflektierten die jungen Teamer_innen (junge Erwachsene) darüber, was es bedeutet, über Politik zu reden und nachzudenken, zum anderen ging es ihnen oft auch um die eigene Rolle in der Gesellschaft und insbesondere um das Selbstverständnis als Migrant_innen.

„Vorher dachte ich, was können wir tun als kleiner Teil der Gesellschaft, wenn alle wichtigen Entscheidungen von einem höhergestellten oder größeren Teil der Gesellschaft kommen? Ich kann mich an eine Sitzung in unserer Klasse erinnern, dass wir über ein Thema gesprochen haben und einer der Trainer antwortete in diesem Sinn. Aber als wir am Ende über dieses Thema sprachen, kam er zu folgendem Schluss: ‚Ok, jetzt denke ich darüber nach, was mein Recht ist und was ich von der Gesellschaft verlangen kann und was ich tun soll.‘ Ich denke also, dass diese Art der Sensibilisierung notwendig ist, damit alle Menschen wissen, was ihre Rolle in der Gesellschaft ist. Ich glaube, dass es definitiv funktioniert. Und für mich selbst hat es eine wirklich große Wirkung in Bezug auf mein Leben als Immigrantin hier. Jetzt denke ich wirklich, dass ich mich als Immigrantin mehr in die Gesellschaft integriert fühlen kann, weil ich mehr über meine Rechte als Mensch weiß. Und natürlich habe ich eine wirklich gute Verbindung mit einigen Leuten und kann über diese Basis andere Verbindungen mit anderen Leuten herstellen. Also ist diese Art des Lernens, das Kommunizieren, diese Art von Lernen, wie man sich selbst bildet, sehr wichtig.“ Samira aus dem Iran (O-Ton in englischer Sprache)

Im Hinblick auf die Arbeit mit Jugendlichen betonte Malik aus Syrien, dass diese eine besonders wichtige Rolle für die Gestaltung der Zukunft haben. Er hob hervor, dass sie „alles in Positives verwandeln“ könnten.

Viele der Jugendlichen, die an den Bildungsangeboten teilgenommen haben, sind auf diese Weise zum ersten Mal mit Menschen mit Fluchterfahrung persönlich in Kontakt gekommen und haben es als besonders wertvoll erlebt, mehr über deren persönliche Geschichten, Erfahrungen und Hintergründe kennenzulernen.

Mit jungen Leuten über Verantwortung sprechen, möchte Karim nicht nur mit Jugendlichen in Deutschland, sondern auch vor allem in seinem Heimatland Afghanistan.

„Ich kann aus meiner Erfahrung sagen, als ich in der Schule war, hatten wir sowas nicht. Und ich finde, das ist eine Bildungslücke für uns, die Menschenrechte und wenn man mit unterschiedlichen Leuten zu tun hat. Als ich in der Schule war, wurde ich auch beleidigt, weil ich anders war, ich war nicht so mutig. Die Kinder und Jugendlichen müssen sich nicht übereinander wegen dummer Sachen lustig machen, wegen deiner Kleidung oder darüber, was dein Vater arbeitet oder welche Religion du hast oder was dein Geschlecht ist oder was deine Präferenz ist, zum Beispiel, ob du Männer oder Frauen magst. Das sind die wichtigen Sachen, die du auch in Afghanistan beibringen musst. Wenn ich hier genug Erfahrung bekomme, würde ich dort gern eine kleine Organisation gründen und das weitermachen und den Leuten da ein bisschen damit helfen. Denn sich lustig zu machen, ist ein großes Problem in meiner Gesellschaft in Afghanistan.“ Karim aus Afghanistan

Die meisten Teilnehmenden engagieren sich bereits auf die eine oder andere Weise, z.B. in einer Bürgerstiftung in Deutschland, oder träumen von einer eigenen Organisation. Andere studieren an der Universität und sind dort in internationalen Gruppen tätig. Daraus brachten sie eigene Erfahrungen mit Diskriminierung mit.

„Ich möchte mit einer Erfahrung beginnen. Ich war im Bauhaus-International-Meeting und wir alle haben über dieses Thema gesprochen, weshalb wir als Internationale keine gute Verbindung oder Kommunikation mit Deutschen herstellen können. Wir alle fragen uns, warum wir uns abgrenzen, wir als Internationale und sie als Deutsche. Wir sind zu dem Schluss gekommen, vielleicht wegen der Sprache, aber wir denken auch, dass es so viele Internationale gibt, die fließend Deutsch sprechen können. Es geht also nicht nur um Sprache. Ich denke, wir sollten, wir alle sollten offener sein, andere Kulturen zu akzeptieren oder alles zu akzeptieren, was wir noch nie zuvor gesehen haben. Das kann ich leicht erklären: Ich habe in diesen zwei Jahren ein internationales Studium absolviert und war in Verbindung mit internationalen Menschen. Ich sammle wirklich mehr Erfahrungen als vorher in meinem Leben. Deshalb denke ich, dass wir offener sein und Akzeptanz der Unterschiede zeigen sollten. Und das nächste, nach der Akzeptanz ist: Wir können uns leicht als Mensch sehen, nicht als unsere Herkunft und das Land, aus dem wir stammen. So können wir zusammenarbeiten, vielleicht können wir eine bessere Welt schaffen.“ Samira aus dem Iran (O-Ton in englischer Sprache)

„Meine Ideen für zukünftige Workshops drehen sich um die Bedeutung von Sprachen und es ist ein kraftvolles und effektives Werkzeug, um Menschen auf der ganzen Welt zu verbinden. Da Sprachen eine wesentliche Rolle in meinem Leben gespielt haben, möchte ich, dass andere Leute das auch realisieren. Obwohl ich aus einer anderen Kultur stamme, habe ich es geschafft, mich in der Gesellschaft zu engagieren. Dafür möchte ich andere Kulturen vorstellen, wie arabische und islamische Kultur, denen ich angehöre. Ich möchte den Status von Frauen im Islam zeigen und wie sie für ihr Leben verantwortlich sind und die Freiheit haben, Entscheidungen zu treffen. Wie haben die islamischen Gelehrten und die islamische Zivilisation zur Entwicklung von Wissenschaft und Literatur und anderen Bereichen beigetragen, ein verständlicheres und klareres Bild davon zu vermitteln? Ich stelle fest, dass in Deutschland manche Vorstellungen über den Islam falsch sind und einige Menschen nicht genug Informationen darüber haben. Das Ergebnis ist, dass Menschen beurteilt werden und falsche Annahmen über ihren Glauben bestehen. Unsere Aufgabe ist es, diese Missverständnisse so weit wie möglich zu korrigieren, um eine tolerante und offene Gemeinschaft zu schaffen, die es den Menschen ermöglicht, effektiver zu kommunizieren und in Harmonie miteinander zu leben.“ Leyla aus Ägypten

Die Teamer_innenausbildung eröffnete nicht nur individuelle Perspektiven, sondern auch gesellschaftspolitische.

„Ich war überrascht, als wir das erste Mal darüber sprachen und sagten: ‘Wow, es ist eine wirklich große Chance und ein großer Schritt in der Gesellschaft, sie in einen besseren Ort zu verändern.’ Denn wenn du mit jungen Menschen arbeitest, sind sie die Zukunft, sie können die bessere Gesellschaft sein. Sie können alles in Positives verwandeln. Wenn wir ihnen helfen, einen erweiterten Blick auf Demokratie, Vielfalt und das Zusammenleben in einer Gesellschaft zu bekommen, werden sie dies in ihrer Zukunft beherzigen, und wir werden eine Gesellschaft ohne Diskriminierung haben, ohne kritische Gesellschaften, voll von Frieden und Rechten für alle und Gleichheit“. Malik, Kurde aus Syrien (O-Ton in englischer Sprache)

Die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) plant, neben weiteren Qualifizierungen, für 2020 auch einen weiteren Einsatz der bisherigen Teilnehmer_innen. Samira aus dem Iran ist bereits mit vielen Kolleg_innen im Gespräch, um zu planen, wie sie die Themen der Workshops auf verschiedene Stadtteile und unterschiedliche Bereiche übertragen können.

Ziel der EJBW ist es, „Menschen mit ganz unterschiedlichen biografischen Hintergründen dabei zu haben, die ihre Themen und Lebenserfahrungen mitbringen. Das erlaubt es uns, jugendliche Teilnehmende ganz anders zu erreichen und Themen zu behandeln, die bisher in unserem Angebot keine Rolle gespielt haben“, so der pädagogische Leiter der EJBW, Eric Wrasse.

Es bleibt spannend! Mit Sicherheit profitieren nicht nur die Teilnehmenden von den Workshops und dem erlernten theoretischen und praktischen Wissen. Vor allem die politische Bildungsarbeit und die Gesellschaft allgemein können von so viel Einsatz und Engagement nur gewinnen.

Weitere Informationen

Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“ (EJBW)
<https://www.ejbweimar.de/>

Aktuelle Veranstaltungen der EJBW
<https://www.ejbweimar.de/de/veranstaltungen/jahresprogramm/>

Weimarer Erklärung über die Grundlagen und Aufgaben historischer, politischer und kultureller Bildung. Die EJBW gehört zu den Erstunterzeichner_innen.
<https://weimarer-erklaerung.de/>

Redaktion

Grundlage des Beitrags sind Projektmaterialien sowie Interviews mit den Teilnehmenden der Train-the-Trainer-Maßnahme der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW).

Redaktion: Transferstelle politische Bildung / Transfer für Bildung e.V.



My Parti-Klick – Durch Wertedialoge Partizipation und Empowerment fördern

Kim Knecht, Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. (tgbw)

Die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. will die gesellschaftliche Partizipation geflüchteter Jugendlicher ermöglichen und fördern. Das Projekt stellte den Jugendlichen unter anderem interkulturell arbeitende Institutionen und Vereine vor, damit sie Anlaufstellen und Beteiligungsmöglichkeiten kennlernen und in Kontakt mit Jugendlichen vor Ort kommen konnten. Das Aufeinandertreffen verschiedener politischer Haltungen sowie gesellschaftlicher Traditionen und Zuschreibungen und die daraus oftmals entstehenden Konflikte begleiteten Moderator_innen von Wertedialogen, die dazu im Projekt ausgebildet wurden und diese Konflikte im Rahmen ihrer Qualifizierung zunächst selbst durchlebten und lösten.

Im Projekt *My Parti-Klick* bildete die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg e.V. (tgbw) Moderator_innen von Wertedialogen aus. In Wertedialogen tauschen sich Menschen ergebnisoffen über das aus, was sie bewegt, und denken gemeinsam und gleichberechtigt über Themen des Lebens nach. So entstehen neue Einsichten und Fragen; Offenheit, gegenseitige Wertschätzung und Vernetzung werden gestärkt. Partizipation von jungen Geflüchteten und der Wertedialog zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft, mit und ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte, waren die zentralen Anliegen des Projektes. Der Wunsch nach Begegnung und interkulturellem oder interreligiösem Austausch ist unter Jugendlichen weitverbreitet. Im Projekt wurde sensibel nach Anschluss- und Schnittpunkten zwischen den Wertvorstellungen der Geflüchteten und der Ankommensgesellschaft gesucht, um gegenseitiges Verständnis zu fördern, gemeinsame Auffassungen über ein demokratisches Zusammenleben zu entwickeln und Konfliktpotenziale zu minimieren.

Der Verein Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. (tgbw) nutzte zunächst seine Kontakte, um Jugendliche mit und ohne Flucht- oder Migrationserfahrung sowie haupt- und ehrenamtlich Aktive aus Migrantenorganisationen sowie der Jugend- und Flüchtlingshilfe anzusprechen und für das Projekt, das heißt für die Qualifizierung zu Moderator_innen von Wertedialogen, zu begeistern. Die zukünftigen Moderator_innen der Wertedialoge kamen aus ganz unterschiedlichen Lebenssituationen und brachten verschiedene Bildungs- und Berufserfahrungen mit. Einige waren – teilweise als unbegleitete Minderjährige – erst kürzlich aus Syrien, dem Irak und Afghanistan nach Deutschland gekommen oder sie stammten aus diesen Ländern, lebten aber schon länger in Deutschland. Die Schulungen umfassten gedenkstättenpädagogische Fahrten, Besuche von Ausstellungen, Workshops und Seminare. Die Teilnehmenden arbeiteten Referate aus und präsentierten diese in der Gruppe und diskutierten Werte, die sich aus dem Alltag und den Haltungen und Erfahrungen der Geflüchteten ergaben, die sich den (interkulturellen) Herausforderungen in Deutschland stellen müssen. Daneben gab es erste Praxiseinsätze in Jugendgruppen, die die Moderator_innen begleiteten, unterstützt von Fachkräften der tgbw.

Richtungswechsel oder: Ein Streitgespräch mit Folgen

In Begegnungen bei der Jugendarbeit und im Gemeinwesen entstehen oftmals herausfordernde Situationen, wenn interkulturelle und interreligiöse Vielfalt, verschiedene politische Haltungen sowie unterschiedliche gesellschaftliche Traditionen und Zuschreibungen aufeinandertreffen. Im besten Fall werden dann Dialoge über gemeinsame und unterschiedliche Werte geführt, sodass die unterschiedlichen Perspektiven im Alltag Berücksichtigung finden können.

Ein Beispiel dafür, dass es dazu oft eigener Wege bedarf, war eine Veranstaltung ungefähr ein halbes Jahr nach Projektstart. Die deutschen und syrischen Teilnehmer_innen waren zwischen 16 und 27 Jahre alt und gehörten unterschiedlichen Ethnien und Religionen an. In der Runde waren Kurden, Christen, Muslime und Aramäer vertreten. Im Wertedialog waren unter anderem der Nahostkonflikt und die Haltung der jungen Geflüchteten gegenüber Israel und dem Judentum sowie Fragen nach den Grenzen der Meinungsfreiheit thematisiert worden. Dieses Gespräch sowie nachfolgende Diskussion wurden meist sehr rasch emotionsgeladen und entwickelten sich zu handfesten, teil aggressiven Streitgesprächen. Die Auseinandersetzungen wirkten sich nachhaltig auf die Teilnehmenden aus; so wurden etwa erste Freundschaften, die die Jugendlichen geschlossen hatten, auf die Probe gestellt.

Die Teamer_innen der tgbw beschlossen daraufhin, mit einer Umsteuerung im Projekt, inhaltlich und bei den Formaten, zu reagieren. Aus der Forschung ist bekannt, dass Emotionen in der politischen Bildung vor allem dann bearbeitet werden sollten, wenn es um negative Gefühle geht, etwa bei Äußerungen, die Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zuzuordnen sind. Teamer_innen sind in diesen Situationen besonders herausgefordert. Daher wurde die Ausbildung der Moderator_innen von Wertedialogen mit den (vorher nicht so geplanten) Schwerpunktthemen Antisemitismus und Antirassismus fortgesetzt, zu denen die Teilnehmenden im Verlauf durch unterschiedliche Veranstaltungen und Bildungsreisen weiter sensibilisiert und geschult wurden.

Begegnungen mit Zeitzeug_innen und Expert_innen

Zur Sensibilisierung hinsichtlich Antisemitismus trug vor allem eine Begegnung mit einem jüdischen Ehepaar bei, das sehr anschaulich und berührend von seinen Erlebnissen während der NS-Zeit berichtete. Das Gespräch mit den Zeitzeug_innen brachte viele arabische Teilnehmer_innen zum Nachdenken – ihre Meinung über Menschen jüdischen Glaubens, das teilweise einem bestimmten Bild entsprach, kam ins Wanken und viele Denkprozesse konnten angestoßen werden. Nicht wenige der jungen Geflüchteten fanden eigene Erlebnisse in der Lebensgeschichte der beiden alten Leute wieder. Die Teilnehmer_innen und das Ehepaar tauschten sich auf einer persönlichen Ebene intensiv aus und schafften gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Erfahrungen. Es wurden nicht nur zahlreiche Fragen beantwortet, sondern auch viele gemeinsame Selfies gemacht. Die persönliche Begegnung und die gewonnenen Erkenntnisse machten nachdenklich und führten bei den Jugendlichen zu Empathie und Perspektivwechseln.

Durch zahlreiche weitere persönliche Begegnungen und Bildungsmaßnahmen entwickelte sich mit Unterstützung der Fachkräfte der tgbw ein stetiger, reger Wertedialog, in dem im Laufe des Projektes zunehmend kritischere Fragen und kontroverse Diskussionen über Religion und Religionspolitik, Zeremonien, Traditionen und Glaubensfragen möglich wurden. Die Begegnungen waren nun jedoch von gegenseitiger Wertschätzung geprägt, negativ emotionalisierte oder abschätzige Haltungen wurden überwunden.

Fragen und Wissendurst der Jugendlichen nahmen zu und damit erweiterte sich auch der Horizont der Themen. So versuchten sich die Teilnehmer_innen an Vergleichen zwischen den drei abrahamitischen Religionen und diskutierten unter anderem unterschiedliche Auslegungen des Korans und der Bibel. Sie setzten sich sachlich mit Fragen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden auseinander, auch darüber, inwiefern diese nicht nur religiös, sondern auch kulturell geprägt sind. Sie wurden dabei von Fachkräften aus der Religions- und Politikwissenschaft sowie der Jugend- und Flüchtlingshilfe aus dem Netzwerk der tgbw unterstützt. So konnte ein Islamwissenschaftler eingeladen werden, der unterschiedliche Auslegungen des Korans, zum Beispiel in Bezug auf die Vielehe, mit den Jugendlichen erörterte.

Reisen macht schlau und (manchmal) auch toleranter

Darüber hinaus gab es eine Reihe Exkursionen. Zur Vorbereitung auf die Reise zur *Gedenkstätte und Museum Auschwitz-Birkenau* in der Nähe von Krakau wurde in den Räumen der Türkischen Gemeinde Baden-Württemberg die Ausstellung „Jüdische Lebenswelten in Deutschland“ gezeigt. Sie zeigt die Vielfalt jüdischen Lebens und des Judentums in Deutschland im 21. Jahrhundert im Kontext der fast 2.000-jährigen Geschichte der Juden in Deutschland. Man erfährt, dass sich die deutsch-jüdische Geschichte nicht auf den Holocaust beschränkt und jüdische Menschen die deutsche Gesellschaft mitprägten und bis heute noch prägen.

Rabbiner Yehuda Pushkin und andere Vertreter_innen der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs nahmen als Partner_innen an diesen Veranstaltungen teil. Zwischen den Jugendlichen und der jüdischen Gemeinde in Stuttgart wurde so ein Kontakt hergestellt. Ein Besuch der Synagoge in Stuttgart gehörte ebenfalls zum Vorbereitungsprogramm der Reise. Wegen dieses Besuchs hatte es in der Gemeinde zunächst Bedenken gegeben, da sie mit einigen Gruppen Geflüchteter zuvor negative Erfahrungen gemacht hatte. Da sich die Jugendlichen sehr gut vorbereitet hatten, in gewaltfreier Kommunikation geschult und darin geübt waren, sich sachlich und wertschätzend über Religion und Glauben auszutauschen, war der Besuch der Synagoge für alle Seiten eine Bereicherung. Weitere bildungspolitische Reisen zum Themenschwerpunkt Antisemitismus führten nach Berlin und Prag.

Das Projekt hat gezeigt, dass interreligiöser Dialog durch Anschauung und persönliche Kontakte besonders gut gelingt. Mit dem Austausch entstehen Freundschaften und wächst die Bereitschaft zur Toleranz. Gemeinsamkeiten können entdeckt und Unterschiede diskutiert werden.

Demokratiebildung und Partizipation

Schwerpunkte des zweiten Projektjahres waren gesellschaftliche Beteiligung und Jugendpartizipation mit folgenden Themen: Demokratie, Wahlen, Parteien, Gleichberechtigung, Sozialstaat, unabhängige Justiz, Meinungs- und Pressefreiheit sowie Menschenrechte. Angesprochen wurden auch religiöser und politischer Extremismus sowie das Thema Radikalisierung. Methodisch waren die aktionsorientierten, praktischen Aktivitäten auf Selbstorganisation, die damit verbundene Aneignung von Sozialräumen und die Übernahme von Verantwortung ausgerichtet.

Ein besonderes Highlight war eine Reise nach Brüssel einige Tage vor den Europawahlen 2019 mit dem Schwerpunkt „Europäische Union“. Dabei wurde nochmals deutlich, dass die geflüchteten Jugendlichen aufgrund ihres Aufenthaltsstatus vielfach von demokratischer Partizipation ausgeschlossen sind. Die Reise und die damit verbundenen Erfahrungen hatten „demokratietheoretischen“ Informationswert.

Wie die Teilnehmenden Partizipation und Demokratie in ihren Herkunftsländern erlebt haben, wurde während des Projektes mehrfach thematisiert. Dabei wurde wiederholt deutlich, wie unterschiedlich die Erfahrungen der jungen Geflüchteten mit Demokratie und Beteiligung in ihren Herkunftsländern waren. In den meisten herrschen autoritäre Diktatoren und Autokraten, die ihre Ziele mit propagandistischen und repressiven Methoden verfolgen. Auch das Schulsystem trägt meist wenig dazu bei, Dinge zu hinterfragen, sondern fördert es tendenziell eher, das kritiklos anzunehmen, was Regierungen, Lehrkräfte und andere, meist ältere Autoritätspersonen vorgeben. Ein wichtiger Aspekt des Projektes war es daher, die Teilnehmer_innen zu kritischen Fragen zu ermutigen und zu befähigen.

Im Verlauf des Projektes wurde häufig über Werte und ihre unterschiedlichen Facetten gesprochen. Die Auseinandersetzungen damit, kritische Diskussionen und unterschiedliche Veranstaltungen haben den Jugendlichen mit Fluchtgeschichte geholfen, in Deutschland anzukommen und einen Einblick in das gesellschaftliche Zusammenleben zu bekommen. Angebote der politischen Bildung, die den Themen, Bedürfnissen, Problemen und Fragen der jungen Menschen entsprechen, haben dabei zentrale Bedeutung. Das Projekt stellte demokratische Werte und Menschenrechte ins Zentrum und unterstützte die jungen Geflüchteten dabei, hilfreiche Anlaufstellen kennenzulernen, aber ihre Anliegen auch in Empowerment-Strukturen, unter anderem postmigrantische Netzwerke, einzubringen und diese mitzugestalten. Das Ziel der Türkischen Gemeinde Baden-Württemberg (tgbw) ist es, dass die Moderator_innen von Wertedialogen ihr Wissen und ihre Erfahrungen auch zukünftig als Multiplikator_innen weitergeben können.

Weitere Informationen

My Party-Klick (Projektwebseite)
<https://www.tgbw.de/my-parti-klick/>

Autorin

Kim Knecht ist Mitarbeiterin bei der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. (tgbw)

„Kannste mal schnell empowern ... !?“ – Über Rollen, Grenzen und Konflikte

Franziska Blath, Friedenskreis Halle e.V.

Mehrsprachige Jugendliche agieren zwischen Sprachmittlung, Streitschlichtung und Konfliktbearbeitung in einem Spannungsfeld. Das Projekt ermittelte in demokratischen Gruppenprozessen, was dies im Alltag der Jugendlichen bedeutet. Es bearbeitete Fragen nach der Wertschätzung der damit zusammenhängenden notwendigen Kompetenzen. Gleichzeitig thematisierte es, wie Grenzen gezogen und Überforderungen verhindert werden können.

„Kannste mal schnell übersetzen – hier gibt's schon wieder Stress!“ Diesen Satz hören junge Menschen, die mehr als eine Sprache fließend sprechen können, im (Schul-)Alltag häufig. Doch was Jugendlichen damit abverlangt wird, wird an Schulen selten thematisiert oder unterstützt und wertgeschätzt. Im Projekt des Friedenskreis Halle e.V. sollten deshalb die Kompetenzen mehrsprachiger Jugendlicher weiterentwickelt und gestärkt werden. Der Friedenskreis Halle e.V. setzt sich für aktive Gewaltfreiheit, konstruktive sowie zivile Konfliktbearbeitung, gelebte Demokratie, transkulturelle Vielfalt und globale Gerechtigkeit ein.

Empowerment braucht (außerschulische) Freiräume

Zu den ambitionierten Projektzielen gehörte es, die jungen Menschen einerseits in ihren individuellen Fähigkeiten zu stärken und ihnen andererseits methodisches Werkzeug für Sprachmittlung und konstruktive Konfliktbearbeitung zu vermitteln. Gestartet wurde zunächst mit einer Projektreihe, die einen Einführungstag an einer Projektschule, drei Projekttage außerhalb der Schule und einen Tag zur Nachbereitung in der Schule umfasste. Projektschule war die Gemeinschaftsschule „Kastanienallee“ in Halle-Neustadt, eine Schule mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Schüler_innen mit Flucht- und Migrationserfahrungen, mit der der Friedenskreis Halle e.V. in den vergangenen Jahren bereits häufig in verschiedenen Projekten zusammengearbeitet und Unterstützungsbedarfe ermittelt hatte. In diesem Fall hatten Lehrkräfte mehrfach angefragt, ob den Jugendlichen „richtiges“ Übersetzen vermittelt werden könnte. Nach Meinung des Friedenskreises Halle sollten Jugendliche in der Schule jedoch vor allem lernen und nicht dolmetschen, sodass wir ein Konzept entwickelten, um sie zu stärken, „Nein“ zu sagen und so den Schulalltag konzentriert und selbstbestimmt zu bewältigen.

Empowerment von Jugendlichen, also die Unterstützung dabei, eigene Fähigkeiten zu erkennen und zu entwickeln, braucht möglichst sichere Räume, um einen Austausch über persönliche und konfliktreiche Erfahrungen zu gewährleisten. Schon die Auswahl solcher Orte war eine Herausforderung. Störungsfreie Räume standen im Schulgebäude nicht zur Verfügung; Lehrkräfte kamen unangemeldet in einen Raum oder Schüler_innen verließen das Projekt, um an Leistungsüberprüfungen oder am Nachhilfeunterricht teilzunehmen.

Darüber hinaus sind Schulen selbst machtvolle Räume – im realen wie übertragenen Sinn. Dies wirkt sich auf alle Akteur_innen wahrnehmbar aus. Vor allem junge Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrungen stehen hier unter konstantem Druck, zum Beispiel nicht dem Klischee der „leistungsschwachen Migrant_innen“ zu entsprechen oder gute Noten zu erreichen und systemkonform zu funktionieren. Im Schulalltag bleibt daneben wenig bis keine Zeit für die Bearbeitung von Traumata oder die Reflexion der umfangreichen Anforderungen, die von allen Seiten an die Jugendlichen herangetragen werden.

Unsere Projekttage in einem Seminarraum außerhalb der Schule durchzuführen, bot einerseits die Chance auf ungestörtes Arbeiten. Andererseits musste berücksichtigt werden, dass der Raum in einem anderen Stadtteil lag, sodass einige Jugendliche durch die räumliche Entfernung zu ihrem sonstigen Alltag verunsichert wurden. Eine zentrale Lernerfahrung der ersten Projektphase war daher, dass Empowerment möglichst im gewohnten Umfeld der Teilnehmenden, aber außerhalb von machtdurchdrungenen Orten wie der Schule stattfinden sollte.

Empowerment hilft Rollen und Grenzen zu klären

Die Vermittlung von Modellen wie der konstruktiven Konfliktbearbeitungstheorie, der Eskalationsstufen (nach Friedrich Glasl), Gewaltfreier Kommunikation und andere Inhalte standen in der ersten Phase der Projektwoche auf dem Programm. Schnell wurde deutlich, dass diese Themen für den Alltag der Jugendlichen zwar grundsätzlich relevant sind, aber zunächst viel zu abstrakt waren. Viel größer und gewichtiger war der Austauschbedarf untereinander und mit den Trainer_innen, was vor allem in den intensiven Pausengesprächen deutlich wurde. Auch bei der Vermittlung von Sprachmittlungsmethoden musste der inhaltlich umfangreich gestaltete Ablaufplan auf das Wesentliche reduziert werden. Wie „richtiges“ oder möglichst vollständige Übersetzen funktioniert, war weniger wichtig als die Auseinandersetzung mit (persönlichen) Grenzziehungen und aktivem Neinsagen im Übersetzungsprozess. Einmal mehr wurde deutlich, dass das Empowerment der Jugendlichen höchste Priorität – vor jeder Wissens- und Methodenvermittlung – haben sollte.

Bevor sich junge Menschen um die Konflikte ihrer Mitmenschen kümmern können und sich beispielsweise dafür entscheiden, als mehrsprachige Streitschlichter_innen aktiv zu werden, sollten sie zunächst eigene Handlungs- und Abgrenzungsstrategien erlernen. Die Jugendlichen aus dem Projekt zeichneten sich schon vorab durch sehr hohe Konfliktbearbeitungskompetenzen aus. Diese setzen sie beispielsweise bei der Übersetzung für Eltern und Angehörige ein, verbunden mit der Übernahme von Verantwortung in wichtigen Entscheidungssituationen, beispielsweise bei behördlichen oder medizinischen Angelegenheiten. Auch Situationen im Schulalltag, wie die beiläufige Übersetzung für Banknachbar_innen, oft mit einer darauffolgenden Ermahnung wegen „Störung“ des Unterrichts durch die Lehrkraft verbunden, kommen hinzu. Nicht zuletzt erfordert der tägliche Umgang mit den eigenen Diskriminierungserfahrungen wirksame Konfliktbearbeitungsstrategien.

Ein weiteres Konfliktfeld war die Freistellung der Schüler_innen vom Unterricht für die Projekttage. Häufig bedurfte es viel Überzeugungsarbeit bei den Lehrkräften, damit einzelne Jugendliche am Projekt teilnehmen konnten, vor allem wenn sie nicht zu den Leistungsstärksten in der Klasse gehörten. Schüler_innen, die im Alltag häufig eigene, familiäre und sonstige Konflikte bearbeiten oder begleiten, haben häufig Schwierigkeiten damit, sich im gewünschten und notwendigen Maß auf den Lernstoff zu konzentrieren. Eine Stärkung dieser jungen Menschen und der Austausch mit anderen sind gerade für sie besonders wichtig.

Durch die Projektarbeit wurde sichtbar, dass die Sensibilisierung von Lehrkräften und Bezugspersonen für die Situation mehrsprachiger Jugendlicher eine Schlüsselaufgabe ist. Da die Arbeitsbelastung hier in der Regel groß und auch der Druck durch das Schulsystem nicht unerheblich ist, erfordert es Geduld und Ausdauer, diese Zielgruppe zu erreichen und die Situation sowie die Bedarfe mehrsprachiger Jugendlicher bekannter zu machen.



Empowerment first

Auf Grund der Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem ersten Projektdurchlauf lag der Fokus fortan auf Empowerment der Jugendlichen. Dafür war es wichtig, Schule als Lebensraum der Jugendlichen zu begreifen, der sie in ihrer Entwicklung maßgeblich beeinflusst und voranbringt, ihnen aber mitunter auch Traumata zufügt und häufig keinen Raum lässt, diese Erfahrungen zu bearbeiten. Der Alltag und die Teilhabe der Jugendlichen sollten verbessert werden. Da sie einen sehr großen Teil ihrer Lebenszeit in der Schule verbringen, war es logisch, in diesem Umfeld anzusetzen und Belastungen wie Diskriminierungserfahrungen, die die Jugendlichen dort erleben und die sich auf ihren gesamten Alltag auswirken, aufzugreifen.

Kreativ gingen die Jugendlichen an die Aufgaben heran und lernten auf diese Weise spielerisch die eigenen Ressourcen zu erkennen und wertzuschätzen. In altersgemischten Gruppen tauschten sie sich über ihre Erfahrungen aus. Sie erkannten, dass sie mit ihren Erfahrungen nicht allein waren, und erlebten, dass sie ernst genommen wurden. Die Jugendlichen lernten lokale Anlaufstellen kennen, an die sie sich bei Diskriminierungen wenden können, lernten über die Formulierung von Wünschen ihre Grenzen zu kommunizieren und wurden auf diese Weise handlungsfähiger und selbstbestimmter im Alltag. Die eigenen Ressourcen als etwas Positives wahrzunehmen und Selbstwirksamkeit zu erlernen, sind Grundsteine in der Entwicklung junger Menschen hin zu mündigen und engagierten Teilhabenden einer demokratischen Gesellschaft. Die eigenen Bedürfnisse einzufordern und Diskriminierungen im Alltag erkennen und benennen zu können, ist besonders für migrantische junge Menschen elementar und kann langfristig zu mehr demokratischer Teilhabe beitragen.

Empowerment ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, um jungen Menschen Perspektiven ihrer eigenen Selbstwirksamkeit aufzuzeigen, dies kann und darf allerdings nur ein Baustein auf dem Weg zu einer inklusiveren (Schul-)Gemeinschaft sein. Empowerment muss alltäglicher Teil von Schule sein, um allen Jugendlichen die gleichen Chancen zu ermöglichen und dabei ihre individuellen Erfahrungen anzuerkennen. Eine enge Kooperation mit Trägern der freien Kinder- und Jugendarbeit und auch die Sensibilisierung von Lehrkräften, Schulleitung und Schulsozialarbeit sind dabei wichtige Voraussetzungen. Die Erwartung an Schüler_innen „mal schnell (zu) übersetzen, (weil) es hier schon wieder Stress“ gibt, ist eine, der insbesondere junge marginalisierte Menschen nicht gerecht werden müssen und können.

Weitere Informationen

„Kannste mal schnell übersetzen – hier gibt's schon wieder Stress!“ (Projektwebseite)
<https://www.friedenskreis-halle.de/projekt/kannste-mal-schnell-uebersetzen-hier-gibt-s-schon-wieder-stress.html?rCH=2>

Autorin

Franziska Blath, Friedenskreis Halle e.V., ist unter anderem Projektleiterin im Projekt „Kannste mal schnell übersetzen – hier gibt's schon wieder Stress!“

Weltentausch – Kritische Reflexionen zur politischen Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten

Julia, Wenger, Friedenskreis Halle e.V.

Das Projekt „Weltentausch“ hat gemeinsam mit jungen Menschen mit und ohne Fluchterfahrung ein interaktives Lernspiel zur Situation von Asylsuchenden in Deutschland entwickelt und gestaltet. „ene mene muh – und raus bist DU!“ informiert mit verschiedenen Stationen anschaulich über den Alltag im Asylverfahren. Prägend für den Projektverlauf war das Spannungsfeld von Projekt- und Lebenswelt, in diesem Fall unter anderem sichtbar an der Differenz zwischen gewünschter und tatsächlicher Beteiligung junger Geflüchteter, sowie die Frage nach der Verwirklichung konsequent rassismus- und diskriminierungssensibler Arbeit. Projektleiterin Julia Wenger blickt kritisch auf ihre Erfahrungen zurück.

Bis 2015 hatte ich bereits seit mehreren Jahren gemeinsam mit anderen Engagierten ehrenamtlich Geflüchtete begleitet und mit dem Friedenskreis Halle e.V. Workshops zu Flucht und zur Lebensrealität von Asylsuchenden gegeben. Bis zu diesem Zeitpunkt waren dies wenig beachtete Themen und wir haben hart dafür gearbeitet, Menschen über die lebensbedrohlichen Zustände von Flucht und das prekäre Asylsystem aufzuklären. Als die Themen Flucht und Asyl 2015/16 in den Fokus des öffentlichen Interesses rückten, wurden etliche Fördergelder für Projekte freigegeben. Dies war richtig, wichtig und gut, aber gleichzeitig entstand dadurch eine Art „neoliberaler Projektmarkt“, in dem Institutionen um diese Mittel hart konkurrierten. Die Menschen, denen diese Projekte zugutekommen sollen, stehen in einer solchen Situation dabei leider oft nicht im Vordergrund, sondern müssen häufig hinter Förderinteressen und politischen Machtkämpfen zurückstehen. Zu wenig werden die maßgeblichen Erfahrungen von uns Praktiker_innen gehört und selten bei der Planung neuer Projekte einbezogen.

Zudem sind Geflüchtete oder Menschen mit internationaler Geschichte viel zu selten selbst in Positionen, um diese Projekte zu koordinieren oder zu leiten. So gibt es Beispiele von Aktivitäten, die gut gemeint sind, aber eben nicht auf Augenhöhe umgesetzt werden, weil rein weiße, maximal privilegierte Teams tonangebend sind – das heißt, alle Beteiligten haben eine deutsche oder inländische Perspektive, die mit entsprechenden Privilegien verbunden ist –, und in denen Macht- und Herrschaftsstrukturen reproduziert und Menschen anderer oder vermeintlich anderer Herkunft weiterhin diskriminiert werden. Darüber hinaus stehen Projekte für und mit Geflüchteten oft in krassem Widerspruch zur rigiden europäischen Grenzpolitik. Zum Begriff Weiß/Weißsein informieren unter anderem das Glossar des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA) (www.idaev.de/recherchetools/glossar) oder der Unrast-Verlag (www.unrast-verlag.de/news/263-weisssein-und-kritische-weissseinsforschung).

Von Mai 2017 bis September 2019 habe ich das Projekt „Weltentausch“ geleitet und möchte hier einige Fragen und Herausforderungen aus dem Projektverlauf exemplarisch beleuchten. Ich möchte mit einem persönlichen, ehrlichen und auch selbstkritischen Beitrag zum Nachdenken anregen, aber auch Mut machen, das Rad nicht immer wieder neu zu erfinden, sondern an Erfahrungen anzuknüpfen.

Beteiligung junger Geflüchteter und die Suche nach Teilnehmenden

Das Projekt startete offiziell im Mai 2017. Der straffe, sehr ambitionierte Zeitplan sah es vor, dass wir in den Sommerferien mit Workshops zur Ausarbeitung des Lernspiels starteten. Uns blieben damit knapp zwei Monate Zeit für die Planung der Aktivitäten und – noch viel wichtiger – für die Suche nach Teilnehmenden. Unser Ziel war es, eine Gruppe von etwa 20 jungen Menschen mit und ohne Fluchterfahrung zu finden, die gemeinsam mit uns ein Lernspiel zu Flucht und Asyl kreativ entwickeln, designen und umsetzen wollten. Werbung, Workshops, Räume und Material mussten geplant und organisiert werden. Schnell wurde klar, dass die Suche nach Teilnehmenden zeitaufwendig war und viel persönliches Engagement erforderte. Zu unseren offiziellen Werbeworkshops, in denen das Projekt vorgestellt wurde und Menschen zur Teilnahme motiviert werden sollten, kamen kaum Interessierte. Eine andere Strategie musste her. Dank des großen Netzwerks des Vereins und persönlicher Kontakte zu Schulen, der Universität und anderen Organisationen, konnten wir die Teilnehmendenliste nach und nach füllen. Doch das Problem blieb bestehen, dass wir kaum junge Geflüchtete erreichten – die Menschen also, ohne deren Beteiligung unser Projekt nicht stattgefunden hätte. Oft hatte ich das Gefühl, den Menschen unser Projekt wie eine Art Verkäuferin anzubieten und die Vorteile eines Engagements anzupreisen. Ging es hier noch um Freiwilligkeit? Ging es zuerst um die Menschen oder vor allem um unsere Projektziele?

Unsere Werbung erreicht viele Geflüchtete nicht oder wurde nicht verstanden. Zu einem Infoworkshop zu kommen, bedeutete schon für viele eine hohe Hürde. Die Sprachbarriere sowie unzureichende Übersetzung und Sprachmittlung kamen als weitere Probleme hinzu. Die Menschen waren nur durch persönliche Ansprache für das Projekt zu gewinnen und es kam nur eine bestimmte Gruppe Geflüchteter infrage: Menschen, die bereits relativ gut Deutsch sprachen, Menschen, die sich Engagement in Workshops vorstellen konnten, die einen weitestgehend sicheren Aufenthaltsstatus hatten sowie die Offenheit und Kraft besaßen, sich mit den existenziellen Erfahrungen von Flucht und Asylverfahren in einer gemischten Gruppe offen auseinanderzusetzen und diese einschneidende Erlebnisse auch anderen zu vermitteln.

Wir hatten immer gehofft, vollständig inklusiv zu sein und alle Menschen ansprechen und einbinden zu können. Zu akzeptieren, dass uns das nicht gelingen konnte, hat geschmerzt. Die Erkenntnis war für unseren Projektverlauf aber richtig und gut. Statt 20 haben immerhin 13 Menschen von Juli bis Dezember 2017 kontinuierlich an der Spielidee mitgearbeitet, zum Teil in Workshops mit der ganzen Gruppe, aber auch in Kleingruppen. Das Arbeiten mit dieser Gruppe war für uns alle eine besondere, sehr wertvolle Erfahrung. Oft kostete es die Jugendlichen Überwindung – zum Teil wurde es sehr emotional und es war sicher auch schwierig –, über die traumatisierenden Erfahrungen von Flucht und im Asylsystem zu sprechen. Die Gruppe ist eng zusammengewachsen, hat sich gegenseitig gestärkt und gestützt und auch sehr viel Spaß gehabt. Dank ihres Engagements entstand bis Dezember 2017 der erste Prototyp, im August 2018 lag das fertige Lernspiel vor.

Parallel zu diesem Prozess haben wir im April 2018 begonnen, einige der beteiligten Jugendlichen zu Teamer_innen auszubilden, die das Lernspiel im Rahmen eines Workshops in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit durchführen könnten. Unser (idealer) Projektplan sah vor, dass die beteiligten jungen Menschen sich für einen längeren Zeitraum mit uns engagieren und, neben der Spielentwicklung, auch die Workshops gemeinsam mit uns durchführen sollten. Aber es kam anders als gedacht.

Arbeiten in „Projekten“ – Spagat zwischen Projekt- und Lebensrealitäten

Die Idee einer Teamer_innenschulung ist in enger Zusammenarbeit mit dem Projekt „Film ab Mut an“ des Friedenskreis Halle e.V. entstanden. Wir wollten damit jungen Menschen, und besonders jungen Geflüchteten, einen Einstieg in die politische Bildung ermöglichen. Wir fanden es wichtig, dass die angehenden Teamer_innen eine solide Grundlagenausbildung in zwei Basismodulen erhalten sollten. Inhalt des ersten Basismoduls waren Methoden und Haltung in der politischen Bildung, im zweiten Basismodul wurden die Themen Rassismus und Diskriminierung bearbeitet. In einem zusätzlichen Praxismodul wurden die jeweiligen Workshopkonzepte für die Vermittlung dieser Inhalte geschult. Doch Realität und Projektlogik sind nicht immer miteinander vereinbar. Zeit, Kraft und Kreativität sind nötig, um diese verschiedenen Welten in Einklang zu bringen, und es ist auch nicht immer möglich.

Gesetzgebung/Asylbewerberleistungsgesetz – Honorar – Teilnahme und Teilhabe?

Wir konnten nicht alle Teilnehmenden an der Spielentwicklung für eine Ausbildung in der politischen Bildung begeistern. Einige hatten kein Interesse, andere waren beruflich, schulisch oder familiär so stark eingebunden, dass ein Engagement in der Bildungsarbeit nicht möglich war. Die Suche nach Teilnehmenden, nach Geflüchteten begann erneut. Diesmal haben wir mehr Zeit eingeplant und auch mit Schlüsselpersonen aus verschiedenen Migrant_innenselbstorganisationen und Communities gearbeitet. Viele Menschen konnten so zwar erreicht werden, dennoch konnten sich viele ein Engagement nicht vorstellen. Dafür gab es hauptsächlich zwei Gründe. Zum einen war es für uns schwierig, trotz guter Vorbereitung und Übersetzung unserer Flyer, die Projektziele angemessen in Worte zu fassen und zu vermitteln. Abgesehen von Sprachbarrieren erzeugte beispielsweise die Bezeichnung „politische Bildung“ bei einigen Menschen, die aus autoritären Staaten stammen, vollständige Ablehnung. Wir mussten für uns selbstverständliche, geläufige Bilder, Begriffe und Konzepte überdenken und gemeinsam neu definieren. Gleichzeitig wurde deutlich, dass Menschen, die im Asylsystem leben, die Teilnahme an diesen Projektformaten stark erschwert wird. Viele Menschen können sich eine Teilnahme an den Workshops weder finanziell noch zeitlich leisten. Glücklicherweise konnten wir die Teilnahme an den Workshops einigen kostenlos anbieten, aber leider nicht allen. Ein weiterer Punkt, der viele Kolleg_innen und mich stark beschäftigte, ist die faire und gleichberechtigte Entlohnung der anschließenden ehrenamtlichen Tätigkeit. Teamende, die für unseren Verein Workshops durchführen, erhalten eine Aufwandsentschädigung. Menschen im System des Asylbewerberleistungsgesetzes oder

des Jobcenters dürfen allerdings kaum oder gar nichts hinzuverdienen. Die Motivation, solch eine Tätigkeit auszuüben, ist dadurch eher gering. Ehrenamt und Engagement – schön und gut, aber die Menschen müssen auch leben. Strukturell ist für viele Menschen ein solches Engagement von vornherein schwer möglich und nur einer privilegierten Minderheit zugänglich.

„Heterogene Gruppen“ – Haben wir rassismus- und diskriminierungssensibel gearbeitet?

Abschließend möchte ich noch auf einen zentralen Aspekt unserer Projektarbeit eingehen, der schon angeklungen ist und hier noch einmal vertieft werden soll. Ich schreibe hier ganz selbstverständlich über die Arbeit mit Geflüchteten. Aber daran ist nichts selbstverständlich und in vielen Teilen des Projektes waren wir alle sehr naiv und stellenweise blind oder taub gegenüber folgenden Themen: „ehrlicher“ Einbezug der Perspektiven von Migrant_innen und Geflüchteten sowie Diskriminierungssensibilität oder die Frage, wer auf wessen Kosten lernt. Ja, in unserem Projekt waren Geflüchtete beteiligt. Ja, in die Entwicklung unserer Projektidee sind Erfahrungen aus der Arbeit mit Geflüchteten eingeflossen und immer wieder kritisch reflektiert worden. Ja, das Projekt war ein Erfolg und die Workshops mit dem Lernspiel werden angefragt und laufen gut. Wir machen gute und wichtige Arbeit.

ABER: Das Team, das das Projekt von Anfang an geplant und konzipiert hat, ist vollständig weiß positioniert. Die Trainer_innen, die Workshops mit der Gruppe durchgeführt haben, waren alle, bis auf die beiden, die das Modul der Teamer_innenschulung zu Rassismus und Diskriminierung durchgeführt haben, weiß positioniert. Durch die vielen Herausforderungen und auch die Euphorie über das Projekt haben wir uns diesen Tatsachen leider oft nicht ehrlich und konsequent gestellt.

Ich gehe davon aus, dass alle Beteiligten freiwillig am Projekt teilgenommen haben und sich der beschriebenen Tatsachen bewusst waren. Wissen und Erfahrungen wurden im offenen Austausch und nicht in einem Zwangskontext geteilt. Gleichzeitig bin ich mir sicher, dass es für viele Beteiligte eine gute Unterstützung gewesen wäre, von Anfang an bei der Planung und in den Workshops Menschen dabei zu haben, die eigene Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus haben. Sie hätten zum einen eine spezifische Expertise ins Projekt eingebracht und hätten gleichzeitig Identifikations- und Anknüpfungspunkte für Menschen sein können, die von Diskriminierung betroffen sind. Unsere Workshops waren sehr achtsam und sensibel, aber exklusive Schutzzräume konnten sie nicht bieten. Empowern konnte das Team nur bedingt. Haben die weiß positionierten Teilnehmenden in der (gemischten) Projektgruppe auf Kosten der Geflüchteten gelernt und haben wir als Team dies blauäugig zugelassen? Ich kann nicht in die Köpfe und Herzen hineinschauen und beantworten können dies nur die Teilnehmer_innen. An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal bei allen Beteiligten bedanken; den Weg der kritischen Selbstreflexion möchte ich hier nicht beenden, sondern zukünftig weitergehen. Expert_innen der rassismus- und diskriminierungssensiblen Organisations- und Prozessbegleitung werden uns künftig hoffentlich zur Seite stehen und mit uns Wege finden, mit diesen Fragen und Herausforderungen umzugehen.

Persönliches Fazit, Wünsche und Forderungen

Die Zeit „im Innovationsfonds“ war aufregend, anstrengend, kreativ, voller Freude, zermürbend und viel zu kurz. Anders als in anderen Projektformen, konnten wir unsere Projektziele und Aktivitäten den geänderten Bedingungen und Kontexten stets anpassen. Das war sehr hilfreich und sollte in allen Projekten dieser Art möglich sein. Leider wurden auch für unseren Projektantrag Menschen zumindest formal auf ihren Status als „Geflüchtete“ reduziert. Ich hoffe, dass wir künftig dieses Label nicht weiter nutzen müssen und es gelingt, Menschen als Individuen mit individueller Geschichte wahrzunehmen und anzuerkennen, sodass solche Unterscheidungen und Abgrenzungen nicht mehr nötig sein werden.

Die beschriebenen Herausforderungen zeigen deutlich, dass ein Projektzeitraum von knapp zweieinhalb Jahren sehr kurz ist. Es wäre schön gewesen, an der einen oder anderen Stelle mit mehr Zeit und Ruhe in das Projekt zu starten und vielleicht auch einmal weniger zu machen, dafür aber besser durchdacht und nachhaltiger. Das hat sicherlich auch an mir und der Projektgruppe gelegen, aber ich bezweifle, dass der Antrag mit weniger Aktivitäten bewilligt worden wäre.

Auch wenn es nicht vorgesehen ist, wäre eine Anschlussförderung eine Chance, unsere Arbeit zukunftsorientiert und nachhaltiger zu gestalten. Bei einer befristeten Projektförderung werden viele Projekte endgültig beendet, Mitarbeiter_innen verlieren ihre Arbeitsstellen und die geduldig aufgebauten Beziehungen zu Projektteilnehmenden werden gekappt. Dies kann nicht im Sinne einer Gesellschaft sein, die nachhaltige Bildungsarbeit ernst nimmt.



Ich wünsche mir von zukünftigen Projekten und Projektausschreibungen, dass

- Geflüchtete nicht mehr auf ein Label reduziert werden, sondern als Individuen mit eigener Geschichte wahrgenommen und anerkannt werden;
- die Arbeit in heterogenen und gemischten Teams ausdrücklich gefordert und verankert wird, mit allen Konsequenzen, wie fairen Löhnen und bessere Arbeitsstrukturen;
- mehr Menschen mit internationaler Geschichte künftig die Möglichkeit erhalten, Projekte selbst zu leiten und dass dies in Stellenausschreibungen ausdrücklich gefordert und gefördert wird;
- Wissen und Erfahrungen aus vergangenen Projekten gezielt weitergegeben werden, um die Professionalität im Feld weiterzuentwickeln; es möglich ist, Projekte anhand von Lebensrealitäten zu planen und nicht anhand unrealistischer Zielsetzungen;
- wir uns alle weniger unter Druck setzen lassen und uns trauen, weniger, aber nachhaltiger zu gestalten;
- mehr Zeit für Planung und den Aufbau von Beziehungen eingeplant wird;
- weniger Konkurrenzdruck geschaffen wird und wir gemeinsam und in Kooperationen denken;
- diskriminierungssensible Projektarbeit mit allen Aspekten und Konsequenzen gefordert, mitgedacht und ihre Umsetzung ermöglicht wird.

Weitere Informationen

„ene mene muh – und raus bist DU!“ – Interaktive Spielentwicklung zu Flucht und Asyl in Deutschland (Projektwebseite)
<https://www.friedenskreis-halle.de/bildungsprogramm/weltentausch-interaktives-spiel.html>

Vorstellung des interaktiven Spiels „ene mene muh – und raus bist DU!“ und des zugehörigen Workshops (Film)
https://www.youtube.com/watch?time_continue=1&v=pQD50HUbcdY&feature=emb_logo

Autorin

Julia Wenger ist Projektleiterin im Team „Weltentausch“.

Meine, deine, unsere Stadt – eine Topografie des Heimatbegriffs

Nadja Bilstein, Haus Neuland

Ist Heimat mehr als ein Ort? Gibt es nur eine Heimat? Wie entsteht Identität? Mit diesen und anderen Fragen setzten sich in Bielefeld Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung oder Migrationshintergrund intensiv auseinander. Ihre Ergebnisse haben sie gemeinsam zu 20 Audio- und Filmbeiträgen für einen digitalen, interaktiven Stadtplan verarbeitet. Er zeigt die ganz persönlichen Heimatorte der Jugendlichen, zum Chillen und Lernen, für Kultur, Natur und Sport.

Heimat galt lange Zeit als irgendwie verstaubter, fast schon verpönter Begriff. Er wurde mit den schnulzigen Heimatfilmen der 1950er- und 1960er-Jahren assoziiert, in denen alles harmonisch, schön und gefühlig und bloß nicht politisch war. Verstand man Heimat politisch, brachte man den Begriff mit neurechten oder rechtsextremen Diskursen in Verbindung.

Doch kaum ein Begriff hat in den letzten Jahren eine solche Renaissance erlebt. Dieses in andere Sprachen schwer zu übersetze Wort *Heimat*, das bis zum 19. Jahrhundert eher selten verwendet, dann aber politisch oft missbraucht wurde, ist auch heute (wieder) stark umstritten.

Lange durch rechte Diskurse besetzt und vereinnahmt, brachten die Migrationsbewegungen flüchtender Menschen den Begriff seit 2015 zurück in die politische Debatte. Heute findet man ihn im Titel dreier Ministerien, im Bund sowie in den Ländern Bayern und Nordrhein-Westfalen, in Förderlinien von Bund und Ländern oder liest ihn in zahlreichen wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Publikationen, Reportagen oder Dokumentationen. Mitte Oktober 2019 fragte zum Beispiel die Süddeutsche Zeitung ihre Auslandskorrespondent_innen nach Heimatgefühlen in der Fremde (SZ vom 12.10.2019) und das Journal für politische Bildung widmete einen Schwerpunkt der Frage „Was ist Heimat?“ (3/2019). Dennoch bleibt der Begriff irgendwie ungreifbar. Woher, so kann man sich fragen, kommt diese neue Lust an *Heimat*?

Es scheint so, dass in Zeiten des globalen Wandels, von Migrationsbewegungen und kultureller Pluralität in den Gesellschaften die Frage nach Heimat, und damit nach Identität und Zugehörigkeit, wichtiger denn je wird. So zeigen auch Ergebnisse der aktuellen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Zick et al. 2019), dass ein nicht geringer Teil der deutschen Gesellschaft Heimat eher exklusiv versteht, wenn sich beispielsweise die Zustimmung der Befragten zu Etablierten-vorrechten seit 2014 bei rund 38 Prozent, also bei gut über einem Drittel stabilisiert hat. Weiterhin ist die Zustimmung der Befragten zu negativen Aussagen über asylsuchende Menschen 2018/19 auf mehr als 54 Prozent angestiegen, was dem höchsten je in der Studie gemessenen Wert seit 2011 entspricht (Zick et al 2019).

Wie aber gehen Jugendliche und junge Geflüchtete mit dem Begriff *Heimat* und der politisch kontroversen Debatte darum um? (Wie) verstehen sie *Heimat*? Welche Vorstellungen und Ideen von Identität und Zugehörigkeit haben sie? Kann es eine „meine, deine, unsere Stadt/Heimat“ geben?

Heimat – Was soll das eigentlich sein? Und: Ist Heimat mehr als ein Ort?

Die am Projekt „Meine, deine, unsere Stadt – eine Topografie des Heimatbegriffs von Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung“ der Bildungsstätte Haus Neuland beteiligten Jugendlichen hatten zunächst eine relativ unscharfe Vorstellung vom Begriff *Heimat*. Viele gaben an, sich noch nie bewusst mit dem Begriff befasst zu haben. Dazu passte auch, dass das Wort *Heimat* im Sprachgebrauch der Jugendlichen eine eher untergeordnete Rolle spielte. Stattdessen wurden Begriffe wie *Zuhause* oder *Ähnliche* verwendet. In einer ersten Annäherung und dem Versuch, den Begriff und seine Bedeutung zu umschreiben, wurde Heimat zunächst immer mit einem Herkunftsland oder -ort in Verbindung gebracht. Folglich war das erste Verständnis von Heimat auf die räumliche Dimension begrenzt.

Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung traten jedoch relativ schnell andere Dimensionen von Heimat, wie die soziale und die damit verbundene emotionale Dimension, in den Vordergrund: Die Jugendlichen reflektierten und betonten die Bedeutung von Familie, Freund_innen, sozialer Zugehörigkeit und das Erleben von Gemeinschaft sowie die damit verbundenen Gefühle und Empfindungen, wie Geborgenheit, Glück, Vertrautheit und Verständnis.

Die Perspektiven und Beiträge der geflüchteten Jugendlichen standen dabei immer im Zusammenhang mit den schmerzvollen Erfahrungen des Verlustes von Heimat. So wurde einerseits die tragende, Sicherheit und Orientierung gebende Facette von Familie und sozialer Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft deutlich, andererseits wurde auch die Frage nach der Möglichkeit einer Aneignung von Heimat, als dem Finden einer neuen Heimat, aufgeworfen.

Darüber hinaus brachten die geflüchteten Jugendlichen, ausgehend von ihren eigenen Erfahrungen, die Sprache auf Werte und existenzielle Grundlagen für das Erleben von Heimat. Neben grundsätzlichen Voraussetzungen, wie Frieden, Sicherheit und Perspektiven, hoben einige Jugendliche den fundamentalen Wert von Freiheit hervor sowie die Möglichkeit, frei zu leben, sich frei zu entfalten und die eigene Meinung frei zu äußern. Auch negative Erfahrungen wie rassistische Diskriminierung konnten in diesem Rahmen offen besprochen werden sowie der Wunsch, eine Heimat frei von Rassismus und Diskriminierung zu haben.



Herkunft und Heimat – oder: Wieso gibt es *Heimat* eigentlich nur im Singular?

Im Verlauf der Auseinandersetzung passierte es ganz spontan, dass die anfängliche Reduzierung von Heimat auf ihre räumliche Dimension aufgehoben und das Mensch-Ort-Verhältnis begrifflich stärker differenziert wurde. So diskutierten einige Gruppen angeregt über eine Unterscheidung von *Herkunft* und *Heimat*. Die Jugendlichen hielten letztlich fest, dass für sie *Herkunft* ein fester Bestandteil eines jeden Menschen und nicht veränderbar sei. Sie bezeichneten *Herkunft* als den Ort, an dem man aufwachse und seine erste Persönlichkeitsentwicklung durchlebe. Die *Herkunft* präge einen Menschen auf den ersten Wegen und bilde einen Teil der jeweiligen Identität. *Heimat* hingegen sei nicht notwendig ortsgebunden, vielmehr seien dafür soziales Umfeld, Freund_innen und Familie wichtig. Es gehe darum, ein Gefühl des Aufgehobenseins und Akzeptiertwerdens zu empfinden. Die Jugendlichen sprachen sich dafür aus, *Heimat* in Vielfalt zu denken. Man könne also nur eine *Herkunft*, aber mehrere *Heimaten* haben.

Identität oder doch eher Identitäten? – Sind wir alle „ein Haufen bunter Steinchen“?

Die Auseinandersetzung mit dem Begriff *Heimat* ging fließend in eine Betrachtung des Verständnisses von Identität über. Hierin liegt auch der Schlüssel, um die Brisanz der politischen Auseinandersetzung um Vereinnahmungen des Begriffs zu verstehen. Versteht man *Heimat* exklusiv, völkisch und diskriminierend oder inklusiv, offen und wandelbar?

Die Jugendlichen in unserem Projekt befassten sich zunächst mit ihren eigenen Empfindungen. Sie reflektierten, dass ihre kulturellen Prägungen, geliebte Traditionen und Rituale sowie die eigene Sprache elementare Bestandteile ihrer jeweiligen Identitäten sind, die Halt geben, gerade auch in einer neuen Heimat. Es zeigte sich auch, dass nicht nur bei den Jugendlichen mit Fluchterfahrung, sondern auch bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund diese genannten Aspekte nur einen Teil der Identität ausmachten. Andere, weitere Erfahrungen und Prägungen traten hinzu, sodass Identität ebenfalls als plural empfunden wurde. Ein Jugendlicher sagte, dass „der bunte Haufen an Steinchen [d.i. der Einsatz aller Teilnehmenden in einer Übung] nicht nur für unsere Gesellschaft, sondern sinnbildlich für jede oder jeden von uns stehen könnte.“ Die Jugendlichen tauschten sich darüber aus, dass das Leben in vielfältigen Identitäten dann mühsam werde, wenn man von außen eine Entscheidung zur Festlegung aufgezwungen bekomme, die man nicht treffen könne und wolle.

In diesem Kontext wurde auch intensiv über den Begriff *Flüchtlinge/Geflüchtete* diskutiert. Die Teilnehmenden empfanden übereinstimmend beide Bezeichnungen als stigmatisierend und ausschließend. Als Flüchtlinge oder Geflüchtete habe man keine Chance sich „vollständig in die Gesellschaft zu integrieren“. Man werde sprachlich markiert, bleibe so außen vor und passe letztlich nicht in die „Heimat der Deutschen“. Obwohl die meisten Jugendlichen der betreffenden Diskussionsrunde diese Ansicht teilten, unterschieden sich Selbstverständnis und Umgang der geflüchteten Jugendlichen mit dieser Einschätzung: Einige der Jugendlichen mit Fluchthintergrund möchten sich auch zukünftig als „Flüchtlinge“ bezeichnen, andere berichteten davon, diesen Begriff nach und nach ablegen und sich als „Deutsche mit syrischen oder anderen Wurzeln“ bezeichnen zu wollen.

Erfahrungen im Projekt

Am Ende des Projektes konnte man bei einigen Jugendlichen durchaus einen Wandel im Verständnis des Begriffs *Heimat* feststellen. Es stellte sich bei vielen Jugendlichen die Einsicht ein, dass Heimat nicht für alle eindeutig, verbindlich definiert sein muss, sondern vielschichtig, plural und individuell verstanden werden kann. Dies heißt jedoch nicht, dass *Heimat* beliebig verstanden wurde. Insgesamt zeigte sich im Projekt, dass *Heimat* im Sinne der Jugendlichen nicht ausschließend ist, sondern eher inklusiv und an der Zukunft orientiert gesehen wird.

Im Projekt „Meine, deine, unsere Stadt – eine Topografie des Heimatbegriffs von Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung“ haben sich 89 in Bielefeld lebende Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung oder Migrationshintergrund mit den Phänomenen *Heimat* und *Identität* auseinandergesetzt. Dabei sind Beiträge für einen digitalen, interaktiven Stadtplan entstanden, die von der Bedeutung von Familie, Freund_innen und sozialem Zusammenhalt, von einem Leben in Freiheit und Sicherheit, dem Teilen gemeinsamer Hobbies und ähnlicher Weltanschauungen erzählen und verdeutlichen, welchen hohen Stellenwert es hat, in einer neuen Heimat angenommen und akzeptiert zu werden.

Weitere Informationen

Online-Landkarte (Audiotour mit Videos) Meine, deine, unsere Stadt – Heimatorte in Bielefeld
<https://izi.travel/de/7e7f-meine-deine-unsere-stadt-heimatorte-in-bielefeld/de>

Der interaktive, digitale Stadtplan ist auch als Printversion mit QR-Codes verfügbar.
https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Innofonds/Haus_Neuland/stadtplan-heimatorte-web.pdf

Meine, deine, unsere Stadt (Projektwebseite)
<https://www.haus-neuland.de/bilden/projekte/meine-deine-unsere-stadt>

Heimatgefühle in der Fremde. So schön daheim: Süddeutsche Zeitung, 12.-13. Oktober 2019
 Online: <https://www.sueddeutsche.de/leben/ausland-heimatgefuehle-gegenstaende-1.4637508>
 (abgerufen am 23.10.2019)

Was ist Heimat? Journal für politische Bildung, 3/2019
 Andreas Zick, Beate Küpper, Wilhelm Berghan: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter, Bonn 2019, S. 80 und S. 84

Autorin

Nadja Bilstein ist Fachbereichsleiterin Politische Akademie in Haus Neuland e.V.

Meine Stadt – meine Identität Politische Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Dirk Wolff, Verband für interkulturelle Arbeit – VIA e.V.

Wie können Migrant_innen und Menschen mit Fluchterfahrungen ihre Einwanderungsstadt besser kennenlernen? Jugendliche und junge Erwachsene haben in mehreren Städten eine App mit digitalen Stadtspielen entwickelt. Neuankömmlinge lernen damit spielerisch, sich in ihrer neuen Umgebung besser zurechtzufinden. Die Orte und Anlaufstellen haben die jugendlichen Besucher_innen Offener Treffs selbst ausgewählt und die Tourenvorschläge kreativ gestaltet.

Unter dem Titel „Meine Stadt – meine Identität“ hat der Verband für interkulturelle Arbeit – VIA e.V. mit ausgesuchten Mitgliedsgruppen in Hamburg, Würzburg, Berlin, Duisburg und Moers lokale Projekte umgesetzt, damit Menschen mit Fluchterfahrung ihre Einwanderungsstadt besser kennenlernen können. Jugendliche und junge Erwachsene haben mit einer App digitale Routen erstellt, die als Prototyp einer spielerischen Stadtnetzwerkkarte für Migrantinnen und Migranten genutzt werden kann.

Aus Menschen von nebenan werden Nachbar_innen, Bekannte, Freund_innen

Bei Gruppenarbeit in den teilnehmenden Jugendeinrichtungen – zum Beispiel im Offenen Treff „Kulturbunker“ in Duisburg-Bruckhausen – sammelten die Jugendlichen Ideen, welche Orte für eine Tour durch ihren Stadtteil interessant wären. Dann wurde ein Rundkurs entwickelt, der die Orte anhand von Rätselaufgaben und vielen kreativen Ideen der Teilnehmenden spielerisch erschließt. Die fertigen Stadtspielen wurden mittels der App „Geosurfen“ bzw. „Action-bound“ digital umgesetzt. Im nächsten Schritt wurde eine allgemeine Stadtnetzwerkkarte mit Informationen versehen, insbesondere mit Webadressen zu Themen rund um Flucht, Flüchtlingshilfe und Integration. Für das Projekt tauschten sich Jugendliche außerdem mit den Zuwanderer-Communities der vorherigen Einwanderergeneration aus, um das Gefühl von Fremdheit zu nivellieren und die Bindung im Stadtteil zu stärken.

Das Augenmerk galt dabei einerseits der geschichtlichen Entwicklung der jeweiligen Stadt, in der Migrationsprozesse immer schon bedeutsam waren, andererseits führen die Stadtspielen an Orte, an denen Einwanderung sichtbar wird. Der Zuzug von Menschen wird dabei als konstruktiver Beitrag zur Fortentwicklung einer städtischen Community erlebbar und es wird deutlich, wie wichtig Einwanderungsprozesse für die Weiterentwicklung einer Stadt sind. Die Botschaft der unterschiedlichen Stadtspielenformate lautet „Hier ist Vielfalt gewünscht und willkommen! Schön, dass ihr hier seid.“ In diesem Format können zum Beispiel auch Stadtspielen zu einer zeitgemäßen Erinnerungsarbeit angeboten werden. Das Format ist zudem für unterschiedliche Zielgruppen wie Jugendliche oder Multiplikator_innen geeignet, da die Inhalte variabel gestaltbar sind.

Wie kann politische Bildung in Offenen Treffs gelingen?

Es zeigte sich, dass eine Mischung aus Schüler_innen- bzw. Lebenshilfe, Spielangeboten und Inhalten der politischen Bildung Jugendliche ermutigt, sich zu beteiligen, und sie in Bewegung bringt. Sich aktiv in die Gestaltung der Gesellschaft einzumischen, ist institutionelle Aufgabe der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Politische Bildung funktioniert dort am besten, wo Teilhabe- und Mitbestimmungskultur gelebt werden und Prinzipien wie Freiwilligkeit, Subjekt- und Interessenorientierung, Selbstwirksamkeit, Fehlerfreundlichkeit und Diversitätsbewusstsein bestimmen. Zudem ist es wirkungsvoll, wenn die Jugendgruppe kontinuierliches Angebot einer Einrichtung ist.

Teamer_innen und Multiplikator_innen spielen eine große Rolle dabei, Kinder und Jugendliche zu motivieren und ihre Eigeninitiative und Engagement zu fördern. Offenheit für neue Ideen, der Austausch über gesellschaftliche Veränderungen und ein reges Miteinander schaffen Räume für Kreativität. Einrichtungen und Verantwortliche, die diese Voraussetzungen mitbringen, werden von Kindern und Jugendlichen als sehr attraktiv wahrgenommen.

Vor allem Projektvorhaben, die der alterstypischen Suche sowohl nach Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und Selbstermächtigung als auch nach Gruppenidentität Raum geben, sind hilfreich, wenn die Jugendlichen die Möglichkeit haben, diese eingeständig zu erfahren, zu erobern und zu besetzen. Demzufolge ist es bei Projekten sinnvoll, die Jugendlichen in die Planungen einzubeziehen und auf Augenhöhe mitgestalten zu lassen.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) hat, auch laut Auftrag des Sozialgesetzbuchs VIII, den Anspruch, Mitbestimmung zu gewährleisten und entsprechende Strukturen zu schaffen. Dementsprechend gehört die Förderung von Teilhabe, zugleich auch die Förderung von Teilhabe an Demokratie, zum Verständnis von politischer Bildung innerhalb der OKJA. (vgl. u.a. Sturzenhecker Benedikt / Richter Elisabeth 2010).

Die Anbindung der Jugendlichen an die Einrichtungen ist ein fortwährender Prozess. Diejenigen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit einem kontinuierlich arbeitenden Team sind meist einen Schritt voraus, denn Anbindung und Motivation der Kinder und Jugendlichen bedarf einer gewissen Verbindlichkeit und Ansprechbarkeit. Das Personal in den Offenen Treffs und die Kinder und Jugendlichen sollten Verbündete im Austausch von Interessen, Anliegen und Ideen sein. Transparenz im Handeln der Fachkräfte schafft meist gute Bedingungen für die Selbstbildungsprozesse der Kinder und Jugendlichen. Sich als Teil einer Gruppe zu erfahren, hilft gerade Menschen mit Fluchterfahrung, emotionale Sicherheit wiederzuerlangen. Dies funktioniert gemeinsam gut – auch in altersgemischten Gruppen.

Hilfreich für die Arbeit der Projekte war es, dass seitens der Förderer ein gewisser Zeitraum für die Entwicklung eines Projektes vorgesehen war, in dem zunächst die Projektziele mit den einzelnen Kooperationspartnern kommuniziert und ausgestaltet werden können – so wie es in der Förderung des Projektes „Meine Stadt – meine Identität“ durch den Innovationsfonds des

Kinder- und Jugendplans des Bundes möglich war. Aufgesetzte Maßnahmen, die einer vorgegebenen Förderlogik folgen, erfordern dagegen meist zusätzliche Arbeit, da ihr Ursprung nicht der Ideenwelt der Jugendlichen entstammt. Das ist auch ein Grund, warum sie bisweilen an mangelnder Beteiligung und Mitgestaltung der Zielgruppe scheitern.

Am Standort Duisburg-Bruckhausen nehmen vorwiegend Roma-Jugendliche die Angebote wahr. Es hat sich gezeigt, dass die Betonung von Stärken und Potenzialen der Jugendlichen durch die Fachkräfte Vertrauen schafft und auch Menschen in prekärer Lage in Bewegung bringen kann. Die Flexibilität der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bietet auch die Chance, die Auswirkungen von Armut, Isolation und Entwurzelung mittels passender Angebote zu lindern.

Eigenverantwortung und gesellschaftliche Mitverantwortung sollten aktiv gefördert und Demokratie als Wert lebensnah erkennbar werden; Kommunikations-, Kritik-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit sollten gefördert und eingeübt werden. Eine gute Grundorganisation der Einrichtung, aufgeteilt in pädagogische Angebote, Projektarbeit, jugendkulturelle Veranstaltungen und Einzelfallhilfen, schafft dafür die Strukturen.

Wie können Aspekte politischer Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit einfließen und gestaltet werden?

Kinder- und Jugendarbeit ist per se politisch, da sie anwaltschaftlich für Jugendliche handelt, deshalb der Politik gegenüber fordernd ist und sich damit in eine unbequeme Position begibt. Als Teil des öffentlichen Lebens sind Jugendtreffs auch politische Orte, an denen sich Beteiligung und Mitbestimmung realisiert. Zum einen sollten sich in den Angeboten der Treffs demokratische Prozesse widerspiegeln, zum anderen sollten Jugendliche in der Formulierung und Umsetzung ihrer Anliegen unterstützt werden. So werden Jugendliche beispielsweise durch die Organisation von Workshops und Studienreisen ermutigt, sich zu vernetzen.

Politische oder gesellschaftsrelevante Inhalte der Jugendlichen in der Jugendarbeit aufzunehmen und angemessen zu bearbeiten, ist, in Anbetracht komplexer Zusammenhänge, ein anspruchsvolles Unterfangen. Beispiele wie die Bewegung Fridays For Future und Greta Thunberg zeigen jedoch eindrucksvoll, dass Jugendengagement die Durchsetzung politischer Forderungen befeuern kann. Ein weiteres Beispiel ist das im Vorfeld der Europawahl 2019 erschienene Webvideo „Die Zerstörung der CDU“ des YouTube-Bloggers Rezo. Es richtete sich an ein junges Publikum und behandelte Themen wie Bildung, Urheberrecht, Drogenpolitik, Sozial- und Klimapolitik. Das Video wurde millionenfach abgerufen und zog internationales Medieninteresse auf sich. Dem Influencer gelang es damit, jugendbewegende Themen in die gesamtgesellschaftliche Debatte zu transferieren und diese für eine ganze Weile zu bestimmen. Zahlreiche nervöse, auch unangemessene Reaktionen aus der etablierten Parteienlandschaft waren die Folge.

Protagonisten wie Greta Thunberg und Rezo bieten hervorragende Chancen, um politische Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit stärker zu etablieren. Beide fordern Veränderung, beziehen Stellung, machen Druck und werden gehört. Sie sind medial sehr präsent und können auf Kinder und Jugendliche sehr anziehend wirken und sie zu eigenem Engagement motivieren. Für die Offene Kinder und Jugendarbeit kann dies genutzt werden, indem sie solche Akteur_innen zum Anlass für Angebote nimmt.

Die Nutzung von Technologie und Social Media, die meist schon in sehr jungem Alter beginnt, ist ein zentrales Thema im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Ein selbstbestimmter Umgang ist ohne Aufklärung und Kenntnis der Risiken kaum denkbar. Daher gehört auch diese Thematik zur politischen Bildungsarbeit in der OKJA, insbesondere da der Umgang mit digitalen Medien hier weniger von Sanktionen begleitet ist als am Lernort Schule. Der hohe Vernetzungsgrad der Jugendlichen birgt Chancen und Risiken gleichermaßen, denn digitale Medien und Prozesse wirken sich auch auf deren politische Sozialisation aus.

Bei solchen oder ähnlichen Projekten ist der Einsatz von Expert_innen förderlich, die ihr Wissen in Medienkompetenztrainings vermitteln, um auch problematische Mediennutzung zu thematisieren. Darüber hinaus können solche Projekte Zugänge schaffen. Angebote zu schaffen, mit denen die Schere zwischen jungen Menschen aus ressourcenbenachteiligten Familien und sogenannten Digital Natives geschlossen werden kann, sollte eine Kernaufgabe der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sein.

E-Learning-Konzepte wie im Projekt »Meine Stadt – meine Identität« bieten die Chance, spielerisch lernend Inhalte zu transportieren und sind daher ein gutes Modell, politische Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit umzusetzen.

Gesellschaftspolitische Themen lassen sich bei Bedarf auch in niederschwelliger Form in die Arbeit integrieren, wie etwa das Thema Klima, das zudem mit anderen Fragen korrespondiert, die Kinder und Jugendliche bewegen, beispielsweise Eine Welt, Kriege, Armut, Konsum und Fairer Handel, Nachhaltigkeit, ÖPNV und andere.

Für die Arbeit in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist das Wissen um unterschiedliche Methoden und Formate sowie Theorien politischer Jugendbildung unerlässlich. Hauptamtliche und ehrenamtliche Akteure sollten daher profund qualifiziert sein und sich kontinuierlich weiterbilden können. Budgets für entsprechende Schulungsmaßnahmen sollten in Fördergeldern enthalten sein.

Weitere Informationen

„Meine Stadt – meine Identität“ (Projektwebseite)
<https://via-bund.de/portfolio/msmi>

Sozialgesetzbuch (SGB) – Achtes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe – (Artikel 1 des Gesetzes v. 26. Juni 1990, BGBl. I S. 1163) § 11 Jugendarbeit
 Online: https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/_11.html (abgerufen am 23.01.2020)

Sturzenhecker, Benedikt / Richter, Elisabeth (2010): Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendarbeit – partizipative Potenziale nutzen. In: Lange, Dirk / Himmelmann, Gerhard (2010) Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung. Wiesbaden, S. 103-115

Autor

Dirk Wolff, Verband für interkulturelle Arbeit – VIA e.V., ist Projektleiter von „Meine Stadt – Meine Identität“.

„Vorsicht, Demokratie!“ Barcamps mit Langzeitwirkung?

Maja Kant, Toni Lütgenau, LKJ Thüringen e.V.

„Vorsicht, Demokratie!“ – Unter diesem Motto haben in Thüringen innerhalb von 2 Jahren mehr als 2.000 Jugendliche zwischen 14 bis 21 Jahren an 47 Barcamps teilgenommen. Themen wie „Zwischen Europa und Ostdeutschland, Identität der jungen Generation in Thüringen“, Veranstaltungen wie die „Demokratiekonferenz im Wartburgkreis“ oder die Tagespolitik – „Quo vadis Thüringen? Landtagswahlen 2019 aus jugendlicher Sicht“ – standen im Zentrum der Barcamps, in denen die Jugendlichen demokratisch festlegten, worüber sie reden wollten, um sich dann in Kleingruppen auszutauschen und zu diskutieren sowie ihre Prozesse und Ergebnisse online zu publizieren.

„Vorsicht, Demokratie!“ – Das ist keine Warnung vor der Demokratie, sondern vielmehr ein Ausdruck für ihre Zerbrechlichkeit. Demokratie benötigt die Beteiligung und das Engagement aller Generationen. Es ist heute unbedingt notwendig, das Demokratieverständnis junger Menschen zu stärken. Zunehmendem Rechtspopulismus, wachsender Verbreitung rassistischer Ressentiments und Übergriffen sowie der Ausgrenzung ganzer Gruppen, etwa aufgrund von Herkunft oder Religion, kann durch selbstbewusste, aktive und mündige Bürger_innen am besten begegnet werden. Partizipation, unabhängig von Herkunft, Bildung oder sozialer Verortung, ausprobieren und erfahren zu können, ist dafür eine geeignete (politische) Bildungsgelegenheit.

„Vorsicht, Demokratie!“ – Das waren 47 Barcamps innerhalb von 2 Jahren in 17 Landkreisen und 6 kreisfreien Städten in ganz Thüringen mit mehr als 2.000 jugendlichen Teilnehmenden – mehr als 200 Stunden gelebte Demokratie.

Die Barcamp-Methode hat in den vergangenen Jahren in der politischen Bildung zunehmend an Popularität gewonnen. Dies ist berechtigt, denn der offene, gleichberechtigte Austausch und die Möglichkeit, Themen selbst zu bestimmen, regen das Interesse für demokratische Prozesse an und motivieren die Beteiligten, sich über gesellschaftlich relevante Themen zu verständigen. Viele der teilnehmenden Jugendlichen beschreiben, dass sie erstmals ein Gefühl der Anerkennung verfügt hätten – allein dadurch, dass sie zum Austausch angeregt und gehört werden. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Faktor, um Interesse an gesellschaftlichen Prozessen zu wecken. Ein Barcamp steht dabei in markantem Kontrast zum Lernort Schule. Das Setting basiert auf Freiwilligkeit, Gleichberechtigung und Partizipation, Vorwissen hat keine (ausgrenzende) Bedeutung.



Ein Tag gelebte Demokratie

Jugendliche haben in den Barcamps Themen aus ihrem Alltag aufgegriffen, darunter zum Beispiel häufig das Thema fleischlose Ernährung. In den angeregten Diskussionen wurde schnell deutlich, wie weitreichend und politisch das Thema ist – Stichwort „Klimawandel“ – und mit welchen weiteren Themen es verknüpft ist. Die Fülle der Themen, die durch die Offenheit der Barcamps aufkam, reichte von Umweltschutz und Mitbestimmung über Jugendbeteiligung vor Ort, Organisation des eigenen Lebensraums und körperliche Selbstbestimmung bis hin zu Breitbandausbau, Digitalisierung und vielen weiteren aktuellen Herausforderungen und Fragen, die junge Menschen beschäftigen. Neben aller Ernsthaftigkeit der Diskussionen in den Barcamps spiegelten die Teilnehmenden vor allem eines: Es macht sehr viel Spaß! „Vorsicht, Demokratie!“ wollte genau dazu beitragen, den Spaß daran zu entdecken, eine Haltung zu formulieren, in einen Meinungsaustausch zu kommen und Ideen zur Gestaltung des eigenen Lebens und des persönlichen Umfeldes zu entwickeln.

Durch Frageimpulse und die Aufforderung, Behauptungen mit Onlinerecherchen durch Fakten zu belegen, gelingt in einem Barcamp ein differenzierter Meinungsaustausch. Zusätzlich eröffnet sich so die Chance, die kritische Überprüfung von Informationen aus dem Netz anzuregen, um dadurch beispielsweise Fake News von verlässlichen Angaben zu unterscheiden lernen. Bisherige Erfahrungen von „Vorsicht, Demokratie!“ zeigen, dass es durch dieses Vorgehen gelingt, auch populistische Meinungen zu entlarven.

Ein Barcamp ist ein Tag gelebte Demokratie. Die Treffen waren davon geprägt, Argumente auszutauschen, zu debattieren und Lösungen zu finden, also die eigene Meinungsbildung und Urteilsfähigkeit zu schulen. Durch offene, faire Diskussion und Kompromissbildung erlernten die Teilnehmenden Prinzipien des demokratischen Diskurses. Mitunter hatte das den Effekt, dass sich Jugendliche nach dem eintägigen Barcamp verstärkt engagierten. Nicht alle Teilnehmenden werden zu politischen Aktivisten oder gründen Jugendgremien, einige beschlossen jedoch, sich weiterhin für ihre Interessen einzusetzen – so entstand aus einem Barcamp in Erfurt eine Beteiligungsinitiative für junge Menschen.



Wirkung über den Tag hinaus

Der motivierende, inspirierende Impuls von „Vorsicht, Demokratie!“ reicht über ein Barcamp hinaus. Selbstwirksamkeit ist für die Jugendlichen auch über diesen Tag hinaus erfahrbar; ausgelöst etwa durch die positiven sozialen und emotionalen Lernerfahrungen im Barcamp und das Einüben von Akzeptanz und Toleranz in deliberativen Prozessen gegenüber Haltungen und Entscheidungen, die nicht den eigenen entsprechen.

Eine weitere wesentliche Wirkung von „Vorsicht, Demokratie!“ war das Empowerment von jungen Menschen. Wurden jugendpolitisch-gesellschaftliche Herausforderungen von den Teilnehmenden identifiziert, erarbeitete das Team gemeinsam mit ihnen Lösungsstrategien, zum Beispiel durch Hinweise auf Beteiligungsprozesse in Gremien oder für Anträge in Jugendhilfeausschüssen. Außerdem unterstützte das Team von „Vorsicht, Demokratie!“ die Teilnehmenden dabei, ihre Ideen umzusetzen und zeigte Vernetzungsmöglichkeiten auf. So stellten Jugendliche in Schmalkalden einen Mobilitätsantrag beim Bundeslandwirtschaftsministerium, um einen „Kulturbus“ zu initiieren, der den Transport im ländlichen Raum auch nach der Fahrzeit des öffentlichen Nahverkehrs sichert. Die Erarbeitung von Umsetzungskonzepten kann zur Selbstorganisation der Jugendlichen in lokalen, kommunalen und landesweiten Initiativen führen.

Die beiden Schritte, Unterstützung beim Finden von Lösungsmöglichkeiten und Selbstorganisation, wollte das Team der LKJ Thüringen in der Weiterführung des Projektes ausbauen. In einer Übergangsphase im letzten Quartal 2019 förderte das Landesprogramm „DenkBunt“ das Projekt. Danach konnte leider trotz intensiver Bemühungen kein weiterer Fördermittelgeber gefunden werden.

Um die Wirkung der Barcamps zu verstärken, müssen kontinuierlich Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die altersbedingte Veränderung in der Zusammensetzung der Teilnehmenden erfordert eine dauerhafte Einrichtung von Barcamps. Politische Responsibilität einzufordern, sollte geübt werden und fester Bestandteil politischer Bildung sein.

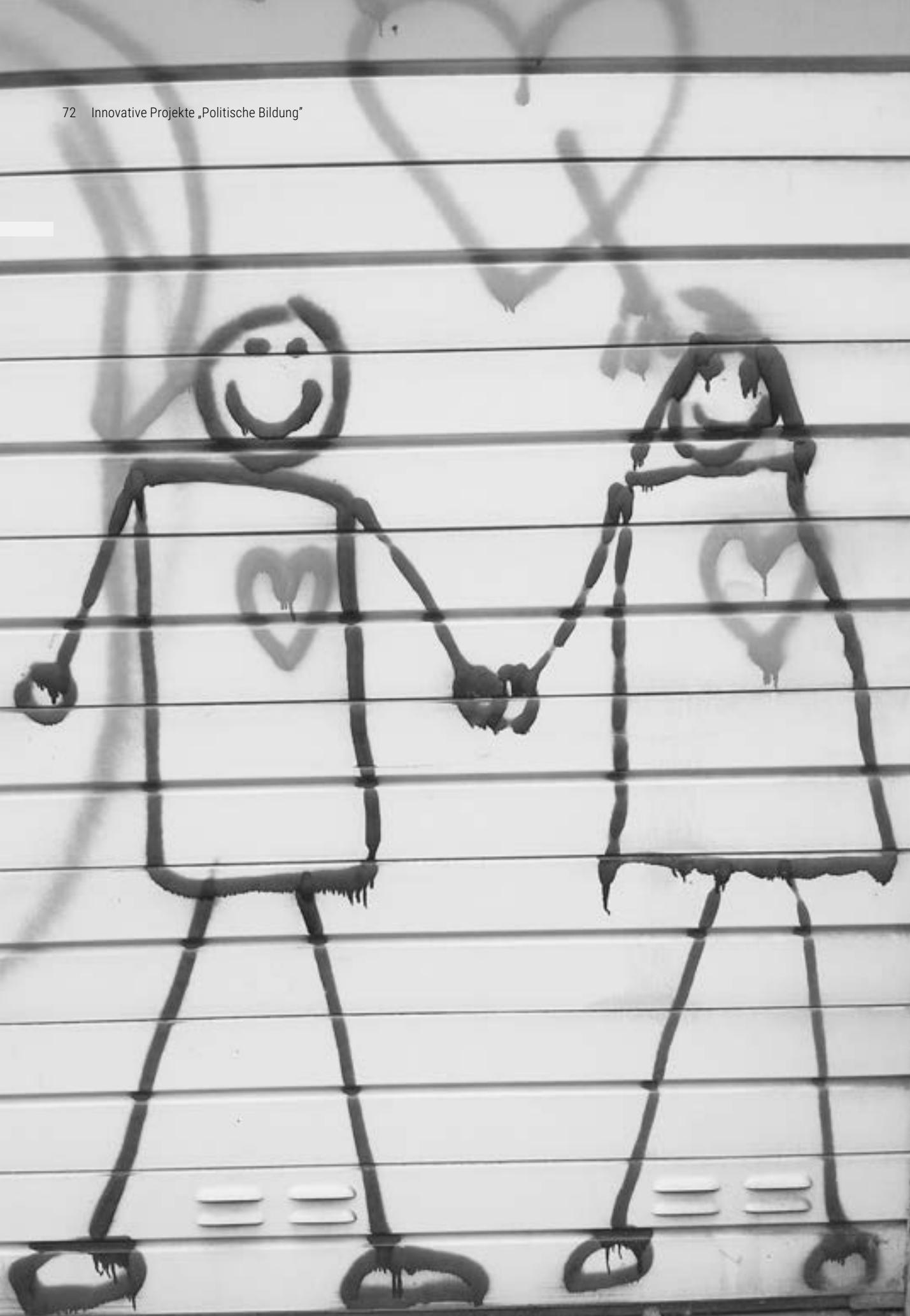
Weitere Informationen

„Vorsicht Demokratie!“ (Projektwebseite)
<https://www.lkj-thueringen.de/projekte/vorsicht-demokratie.html>

Was hinter dem Projekt „Vorsicht, Demokratie!“ steckt (Gastbeitrag auf der Webseite der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen, 2019)
<https://www.gew-thueringen.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/was-hinter-dem-projekt-vorsicht-demokratie-steckt/>

Autor_innen

Maja Kant und Toni Lütgenau haben das Projekt „Vorsicht, Demokratie!“ der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ) Thüringen e.V. geleitet.



Die Transferstelle politische Bildung

Die Transferstelle politische Bildung

Transfer für Bildung e.V. (TfB) hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Praxis in politischer, kultureller und internationaler Bildung zu verbessern, um die Weiterentwicklung der Praxis anzuregen. Gleichzeitig soll eine stärker wissenschaftliche Anbindung helfen, das Bild vor allem der außerschulischen Bildung in Öffentlichkeit und Politik zu schärfen.

Die *Transferstelle politische Bildung* ist seit 2018 ein Fachbereich von *Transfer für Bildung e.V.*, mit dem wir Wissenschaft und Praxis politischer Bildung mit Expertise, Projektbegleitung und Forschung unterstützen. Die *Transferstelle* arbeitet dazu eng mit Praxis, Unterstützer_innen, Wissenschaft und Politik zusammen.

Aufgaben und Ziele der *Transferstelle*

- Die wechselseitige Wahrnehmung sowie den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen und innerhalb der Wissenschaftsdisziplinen und Praxisbereiche unterstützen und verbessern,
- eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit für neue, gemeinsame Entwicklungen fördern,
- die Wahrnehmung politischer Bildung in Politik, Fachwelt, und Öffentlichkeit verbessern.

Wir sind davon überzeugt, dass eine bessere gegenseitige Wahrnehmung, eine engere Zusammenarbeit und die Nutzung von Synergien das Feld der politischen Bildung insgesamt stärken.

Angebote von *Transfer für Bildung e.V.*

- Wir bieten mit diversen Veranstaltungs- und Informationsformaten eine Plattform für den Austausch und die Vernetzung von Praxis, Wissenschaft, Unterstützer_innen und Politik zu ausgewählten Themenbereichen.
- Wir informieren anhand verschiedener Instrumente (*Landkarte der Forschung zur politischen Bildung*, *Topografie der Praxis politischer Bildung*, *Datenbank* mit wissenschaftlicher Literatur zur politischen Bildung, *Dossiers* zu ausgewählten Themen, *Matching-Portal* für die Suche nach Praxis- und Forschungspartnern) und beraten Praxis, Unterstützer_innen, Wissenschaft und Politik.
- Wir geben Anregungen zur Entwicklung von (interdisziplinären) Forschungsfragen und Forschungsdesigns, damit wissenschaftliche Forschungsarbeiten stärker an die Praxis politischer Bildung anschließen.
- Wir geben Anregungen für die Weiterentwicklung von Praxiskonzepten und für die Qualifizierung von politischen Bildner_innen.

Sie finden Weiteres auf unserer Webseite: <https://transfer-politische-bildung.de>.

Ein elektronischer Newsletter informiert über aktuelle Entwicklungen in Forschung und Praxis: <https://transfer-politische-bildung.de/transfer-aktuell/newsletter-fachstelle>.

Sie finden uns außerdem auf Twitter und Facebook.



Ein Projekt von:

FÜR **TRANSFER
BILDUNG**

Transferstelle
politische
Bildung



**EIGENSTÄNDIGE
JUGENDPOLITIK IM
INNOVATIONSFONDS**

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend